

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
i. V. Dr. Gevar, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döschhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Februar 1930

Drusag.

Die Konzessionen in Sowjetrussland.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
d. Amsterdam

SPD. Der Stalinkurs in Sowjetrussland hat mit der neuen ökonomischen Politik gründlich aufgeräumt. In die neue russische Wirtschaft, die im Zeichen des integralen Kommunismus, d.h. der restlosen Bekämpfung und Ausschaltung des privatwirtschaftlichen Sektors der Wirtschaft geführt wird, ragen die sogenannten Konzessionen als Ueberreste der NEP hinein. Ihre Lage ist kritisch und wird immer kritischer. Was soll unter dem Regime des Stalinkurses aus ihnen werden?

Das Deutsche Reich ist an einer solchen Konzession in Sowjetrussland interessiert. Es handelt sich um die Deutsch-Russische Saatgut A.G. (Drusag). Diese Konzession ist plötzlich in Schwierigkeiten geraten. Ihr Kampf gegen diese Schwierigkeiten und ihre Lage sind typisch für die Situation der Konzessionen unter dem neuen Wirtschaftskurs.

Die Drusag wurde in der Hochzeit der neuen ökonomischen Politik und als Auswirkung des Rapallo-Vertrages von privaten Unternehmern ins Leben gerufen. Ihre Führung war schlecht, im Jahre 1926 ging sie in Liquidation. Der damalige deutsche Botschafter von Brockdorff-Rantzau setzte sich sehr stark dafür ein, dass sie weitergeführt wurde. Brockdorff-Rantzaus Politik zielte auf eine immer engere deutsch-russische Verständigung ab, er sah in der Drusag ein Mittel zu freundschaftlicher deutsch-russischer Zusammenarbeit. Im September 1926 übernahm das Reich die Konzession. Die Form der Aktiengesellschaft blieb bestehen. Es sollte daraus ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb gemacht werden, der für den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen, von Saatgut und Zuchtvieh von Bedeutung werden konnte. In dreieinhalbjähriger Arbeit ist diese Konzession auf eine ansehnliche wirtschaftliche Höhe geführt worden. Sie wurde von russischen wissenschaftlichen Zuchtstationen regelmässig um Rat und Auskunft gebeten, russische Besichtigungskommissionen suchten sie öfters zu Lehrzwecken auf. Die Belegschaft bestand aus etwa 250 beständigen Arbeitern, darunter 70 Deutschen, alles ausgesuchte erstklassige Landwirte. Die Bilanz der Konzession per 1. Januar 1930 wies einen Reinertrag von 250 bis 300 000 Rubel auf.

In der Zeit jedoch, in der die Konzession zu einer sich rentierenden Musterwirtschaft entwickelt wurde, vollzog sich die grosse Schwenkung des wirtschaftspolitischen Kurses in Sowjetrussland. Die Schwenkung wurde für Deutschland zum ersten Male deutlich fühlbar im Schachty-Prozess. Botschafter von Brockdorff-Rantzau sah darin nicht mit Unrecht einen Zusammenbruch seiner Bemühungen, des Kurses auf die deutsch-russische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Drusag erfuhr die Bedeutung der Kursänderung in der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Die Haltung der russischen Behörden ihr gegenüber wurde nicht nur reservierter, sondern geradezu feindselig. Als sie an die russischen Behörden auf Grund des Vertrags um Bewilligung von Valuta zur Beschaffung von Maschinen und Geräten herantrat, erfuhr sie glatte Ablehnung. Die Lokalbehörden gingen gegen einzelne Leute der Belegschaft der Konzession gerichtlich vor. Bereits im Oktober wurden zwei Feldaufseher unter der Anklage gegenrevolutionärer Umtriebe verhaftet, weil sie

nicht den Befehlen der kommunistischen Parteizelle im Betrieb gefolgt waren. Nach der Rede Rykows vom 6. Dezember 1929 wehte der Wind gegen die Drusag immer schärfer. Es wurden ihr Schwierigkeiten bei der Waggonzuteilung gemacht, man enthielt ihr Verladegenehmigungen vor, private Käufer, die Abschlüsse mit ihr getätigt hatten, wurden durch Drohungen oder auch durch Verhaftung von den Geschäftsabschlüssen abgeschreckt. Es war eine Politik der Einkreisung.

Im Januar erfolgte der grosse Schlag, die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen die Leiter der Konzession. Die Anklage lautete auf Nichteinstellung von Gewerkschaftsmitgliedern, Einstellung von Kulaken, Anordnung von Ueberstunden, wobei die Genehmigung erst nachträglich eingeholt wurde, nicht rechtzeitige Bereitstellung von Berufskleidung, nicht rechtzeitige Ausführungen von Bauten, die im Kollektivvertrag der Konzession auferlegt waren. Die Anklage war an den Haaren herbeigezogen, es handelte sich entweder um Kleinigkeiten oder aber um Versäumnisse, deren eigentliche Ursache in der allgemeinen Materialnot in Russland und in der Verweigerung von Valuta für die Konzession lag. Die beiden Leiter der Konzession wurden zu je 10 000 Rubel Geldstrafe verurteilt, Prozess und Urteil wurden zu einem Agitationsfeldzug gegen die deutsche Konzession benutzt.

In den Anfängen des Verfahrens sandte der Leiter der Konzession ein Ehepaar Grosser mit Sachberichten an den deutschen Botschafter in Moskau. Das Ehepaar wurde unterwegs verhaftet, die Berichte an den Botschafter durch die GPU unterschlagen. Erst nach energischen diplomatischen Schritten sind die beiden Berichte in diesen Tagen in die Hände des Botschafters gekommen.

Nach der Verurteilung der Leiter der Konzession und nach energischen Protesten in der deutschen Öffentlichkeit erhob die deutsche Botschaft Vorstellungen. Das russische Hauptkonzessionskomitee gab über den Weg über das Aussenkommissariat an die deutsche Botschaft zur Weiterleitung an das Auswärtige Amt in Berlin die Nachricht, dass es der Konzession Drusag das grösste Wohlwollen entgegenbringe und deren Weiterarbeit unbedingt wünsche.

Diese Erklärung steht jedoch nicht im Einklang mit der Fortsetzung der Einkreisungspolitik gegen die Konzession. Die örtlichen Sowjetbehörden haben inzwischen zu Unrecht in der Konzession Automobile und Schreibmaschinen gepfändet, ferner wurde, ebenfalls zu Unrecht, der Konzession eine Steuerstrafe von rund 12 000 Rubeln auferlegt, die russischen Gewerkschaften forderten die Entlassung aller stimmlosen Arbeiter binnen 24 Stunden, ferner die sofortige Erstellung von 100 neuen Arbeiterwohnungen und anderen Baulichkeiten, die eine Neuinvestierung von 700 000 Mark erfordern würden. Das Landwirtschaftskommissariat hat der Konzession offen seine Feindseligkeit erkennen lassen. Dies Vorgehen drängt sich auf den Zeitraum der letzten drei Wochen zusammen. So muss leider die Befürchtung entstehen, dass die deutsche Reichskonzession Drusag aus irgendeinem belanglosen, leicht konstruierbaren Grunde, genau wie die österreichische Konzession Altmann und die englische Konzession Lena Goldfields, eines Tages von der Miliz beschlagnahmt wird.

Das ist die Rückwirkung des Stalinkurses auf die Konzessionen, sie bedeutet eine starke Gefährdung der wirtschaftlichen deutsch-russischen Zusammenarbeit.

SPD. Brüssel, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Senat interpellierten die Agrarier die Regierung über die unloyale ausländische Konkurrenz, unter der die belgische Landwirtschaft zu leiden habe. Während Frankreich das Dumping von Mehl ratifiziere, betrieben Deutschland und Polen das Dumping von Getreide. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Baels, es sei richtig, dass mit den Getreideeinfuhr-Prämien in Deutschland Handel getrieben werde und dass sie infolgedessen den deutschen Getreideexporteuren das Dumping erleichtern. Unter diesen Umständen werde die Regierung prüfen müssen, welche Massnahmen ergriffen werden können, um diesem Uebel entgegenzuwirken.

SPD. Brüssel, 27. Februar (Eig. Drahtber.)

Die Kammer hat am Donnerstag einen für die Zukunft Belgiens entscheidenden Beschluss gefasst. Sie hat mit 154 gegen 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen die vollständige Flamisierung der Center Universität beschlossen. Der Abstimmung ist eine wochenlange, zum Teil sehr lebhaftete Debatte sowie zahlreiche Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Fraktionen vorausgegangen. Die sozialistische Fraktion hat gleichfalls für den Entwurf gestimmt.

Mit diesem Beschluss ist der langjährige heisse Kampf der Flamen um die Center Universität mit einem restlosen Sieg zum Abschluss gekommen. Natürlich ist damit noch nicht die ganze flämische Frage entgültig gelöst. Die nächste Etappe wird wohl der Eroberung des Mittelschulunterrichts gelten. Aber zunächst ist wohl damit zu rechnen, dass der Sprachenkampf vorerst einigermaßen zur Ruhe kommt.

SPD. München, 27. Februar (Eig. Drahtber.)

Innerhalb der Nazi-Ortsgruppe Nürnberg bekämpfen sich seit langem zwei Richtungen, was nun zu einer interessanten Gerichtsverhandlung führt. Die eine Clique hat es vor allem auf die "Erledigung" des Landtagsabgeordneten Streicher abgesehen, den sie jetzt beim Staatsanwalt wegen versuchten und vollendeten Betrugs angezeigt hat. Die Vernehmung der Beschuldigten und der Zeugen hat inzwischen zur Anklage = Erhebung geführt und der Geschäftsordnungsausschuss des Landtages hat bereits seine Einwilligung zur Strafverfolgung des Nazi-Häuptlings gegeben. Es handelt sich um Tatbestände, die auf den sogenannten Reichsparteitag der Nationalsozialisten im Jahre 1927 in Nürnberg zurückgehen. Nach der Anklage hat Streicher und ein gewisser Kleegröße der nationalsozialistische Ortsgruppe Nürnberg 450 Mark dadurch verschafft, dass sie dem Hauptkassierer der Partei eine Abrechnung über 500 Mark für bezogenes Fahnentuch vorlegten, die sie auch nach Abzug von zehn Prozent ausgezahlt erhielten. In Wirklichkeit wurde das Fahnentuch aber gar nicht bezogen. Im zweiten Falle unterbreitete ein gewisser Gradl dem Hauptkassierer den Schuldschein einer Firma ebenfalls über 500 Mark und verlangte dringend Bezahlung. Dieser Schuldschein war von Streicher unterzeichnet. Der Kassierer war aber so schlau, diesen Schuldschein nicht einzulösen und die Firma nahm denselben anstandslos zurück. Die Anzeige gegen Streicher enthält aber auch noch eine Reihe anderer Vorwürfe, u. a. wird behauptet, dass die Nürnberger Nazi-Gruppe im Haushaltsjahr 1926/27 36 000 Mark eingenommen habe. Streicher als der Vorsitzende, habe aber dieses Geld zur persönlichen Bereicherung einiger Führerpersönlichkeiten verwandt und weigere sich hartnäckig, ordnungsmässig Rechnung abzulegen.

SPD. Kopenhagen, 27. Februar (Eig. Drahtber.)

Die Ankündigung des Typographenstreiks für kommenden Sonnabend ist nunmehr zurückgezogen worden, da der von dem amtlichen Schiedsrichter bei den Parteien vorgebrachte Vermittlungsvorschlag nun angenommen worden ist, und zwar von beiden Parteien. Der Vorschlag, der die Grundlage des neuen Lohnabkommens bildet, enthält verschiedene Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse für Typographen. Der Lohn wird um 1 bis 2 Kronen wöchentlich erhöht. Die Arbeitszeit wird auf 7½ Stunde festgesetzt für alle Arbeiter, deren Arbeitszeit nach 12 Uhr Mitternacht endet.

SPD. Leipzig, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum 25. Februar sollen aus einem Depot des 11. Infanterie-Regiments in Leipzig mittels Einbruchs Waffen gestohlen worden sein. Das Standortkommando Leipzig sowie sämtliche amtlichen Leipziger Stellen hüllen sich darüber in Schweigen und melden lediglich, dass aus der Kaserne des Infanterie-Regiments Waffen gestohlen wurden, ohne die Zahl anzugeben. Es steht aber fest, dass der Reichswehr nicht weniger als 270 Gewehre und 38 Maschinengewehre, darunter ein schweres, fehlen. Das ist zusammen die Waffenausrüstung einer ganzen Kompagnie.

Der Fall, dass einem Regiment in solchem Umfang Waffen gestohlen wurden, dürfte wohl kaum eine Parallele haben. Der dreiste Diebstahl kann nur durch eine Musterleistung von Fahrlässigkeit in der Bewachung der Waffen möglich geworden sein. Man könnte über diesen Diebesstreich herzlich lachen, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre. Denn wenn die Waffen in die Hände von Putschisten gefallen sind, so könnte mit ihnen eine Truppe ausgerüstet werden, die in der Lage wäre, die ganze Stadt Leipzig in ihren wichtigsten Punkten zu beherrschen. Es wird deshalb höchste Zeit, dass die Behörden, insbesondere das Standortkommando Leipzig, sich über diesen Diebstahl positiv äussern.

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch Abend noch hatte Tardieu den Pressevertretern erklärt, dass die Neubildung des Kabinetts unter den obwaltenden politischen Verhältnissen auf so ausserordentliche Schwierigkeiten stosse, dass er kaum vor Sonnabend damit fertig werden könne. Inzwischen aber hat sich die innerpolitische Lage durch die auf Nuancen abgestimmten und doppelsinnigen Resolutionen, die die einzelnen Fraktionen, die seit Mittwoch fast in Permanenz tagen, gefasst hatten, derartig verschachtelt und verworren gestaltet, dass nach mathematischer Proportion die Bildung eines Kabinetts eigentlich noch eine Woche länger dauern müsste.

Die einzige Partei neben den Sozialisten, die eine unzweideutige und klare Haltung eingenommen hatte, waren die Radikalsozialisten, die nach wie vor auf dem Standpunkt beharren, dass sie zwar eine republikanische Konzentration für wünschenswert halten, an ihr aber nicht teilnehmen könnten, wenn Tardieu an ihrer Spitze stünde. Viel weniger eindeutig ist die Haltung der Zentrumsparteien. Die starke Gruppe der Linksradikalen (Loucheur-Gruppe) fasste eine Resolution, die lediglich die lakonischen Punkte enthält, dass die Gruppe gleichfalls eine Regierung der republikanischen Konzentration erwünsche. Die Resolution besagte aber nichts über die Haltung der Gruppe für den Fall, dass Tardieu ein neues Rechtskabinet bilden würde. Am wenigsten eindeutig ist die Haltung der sogenannten Franklin-Bouillon-Gruppe, die noch am Dienstag von der Kammertribüne aus verkünden liess, dass sie jede andere Regierung als die einer republikanischen Koalition bekämpfen würde. Heute jedoch scheint es, dass die Gruppe etwas schwankend geworden sei und dass einige ihrer Mitglieder nicht abgeneigt sind, unter Umständen, falls sich durch den Widerstand der Radikalsozialen die Koalition nicht verwirklichen lässt, auch an einem Rechtskabinet teilnehmen.

Tardieu selbst setzt seine Bemühungen um das Zustandekommen eines Kabinetts mit unvermindertem Eifer fort. Er referierte am Donnerstag Vormittag dem Präsidenten der Republik, musste sich aber im wesentlichen darauf beschränken, für Freitag Nachmittag ein neues Rendezvous zu nehmen, um über die bis dahin erzielten Fortschritte - falls solche zu verzeichnen sein werden - zu berichten. Die Unterredungen, die er mit verschiedenen Führern der Radikalsozialen Partei, darunter auch Herriot und einigen gemässigten Senatoren hatte, scheinen vollkommen ergebnislos verlaufen zu sein.

Unter diesen Umständen halten es die Skeptiker nicht für unmöglich, dass

Tardieu gezwungen sein wird, bereits am Freitag dem Präsidenten der Republik die Mission zur Kabinettsbildung zurückzugeben, es sei denn, er wolle es auf die Bildung einer neuen Rechtsregierung ankommen lassen, die aber wahrscheinlich ebenso wenig eine stabile Majorität wird finden können, als ihre Vorgänger.

SPD. Itzehoe, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf Anweisung der zuständigen Ministerien haben die Finanzämter die Verpflichtung, rückständige Steuern in der Landwirtschaft zu stunden oder in Teilzahlungen einzuwilligen, wo die wirtschaftliche Lage der betroffenen Landwirte dafür spricht. Dementsprechend haben die Finanzämter in Schleswig-Holstein an eine Reihe von Steuerrückständigen die Einladung ergehen lassen, auf dem Finanzamt zur Rücksprache zu erscheinen. Als Antwort auf dieses begrüßenswerte Entgegenkommen erlässt die Führung der Landvolkbewegung eine Warnung und fördert die Bauern auf, sich auf kein Handeln einzulassen und einer Einladung der Finanzämter nicht nachzukommen. Wenn aber dann zu Pfändungen geschritten werden muss, setzt der Klamauk doppelt ein - was sicherlich auch der Zweck der Übung ist.

SPD. Kiel, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Opposition in der Deutschnationalen Partei gegen Hugenberg's Führung hat nunmehr auch in der Nordmark ihren organisatorischen Ausdruck gefunden. Unter der Führung des Universitätsprofessors Dr. Holstein in Kiel ist die Volkskonservative Vereinigung für Schleswig-Holstein-Lauenburg ins Leben getreten und soll bereits beträchtliche Anhänger gewonnen haben.

Zu gleicher Zeit teilt der Senat der Kieler Universität mit, dass der reaktionären "Freien Kieler Studentenschaft" die Anerkennung als akademischer Verein entzogen worden ist. In diesem Studentenverein hatte sich die gesamte Rechte unter der Führung der Nationalsozialisten zusammengefunden und mehr als einmal auch dem Senat gegenüber die "nationalistischen Belange" in gar nicht akademischer Weise vertreten. Selbst in den Kreisen der deutschnationalen Studenten - die sich freilich zum erheblichen Teil bereits der Volkskonservativen Vereinigung angeschlossen haben - wird die schon längst notwendig gewesene Massnahme des Senats begrüßt.

SPD. Bochum, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Presse des Ruhrgebiets bringt eine von interessierter Seite lancierte Zweckmeldung mit dem Inhalt, dass die Vereinigten Elektrizitäts-Werke Westfalen um ihren Kapitalbedarf von 100 Millionen für die nächsten 5 Jahre zu decken und die schwebenden Schulden von 70 Millionen los zu werden, dazu übergehen werden, sich in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Auf diese Weise liesse sich eine Kapitalerhöhung durch die Grossbanken durchführen, die wiederum notwendig sei, um langfristige Anleihen aufzunehmen. Im Hintergrunde dieses Planes steht der Gedanke der Grossbanken, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk zu vereinigen und den VEW den rein kommunalen Charakter zu nehmen.

Richtig ist, dass die VEW vor der Aufgabe stehen, am 1. April 70 Millionen kurzfristige Schulden zu decken. Diese Zwangslage, die nicht ohne Verschulden des Generaldirektors Fischer herbeigeführt worden sein dürfte, wollen nun die Grossbanken in der schon angedeuteten Weise für ihre Zwecke ausnutzen. Die Vertreter der Kommunen denken aber nicht daran, sich dem Grosskapital auszulie-

fern, sondern rechnen vielmehr damit, dass der preussische Staat seine elektrischen Interessen auf die VwW ausdehnt, um zu verhindern, dass die kommunalen Interessen durch Einflussnahme der Banken geschädigt werden. Die Verhandlungen mit dem Staat sind durchaus günstig.

SPD. Genf, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Der europäische Zollfrieden wird auf der gegenwärtigen Völkerbundskonferenz nicht abgeschlossen werden, Frankreich brachte ihn am Donnerstag endgültig zu Fall. Der neue Führer der französischen Delegation Seruys gab am Nachmittag in dem Unterausschuss, der sich mit dem Zollfriedens-Entwurf beschäftigte, die Erklärung ab, dass Frankreich in der gegenwärtigen Situation einem Zollfriedensabkommen nicht beitreten könne. Frankreich sei nicht in der Lage, sich diejenigen seiner Zölle, die nicht handelsvertraglich festgelegt sind, binden zu lassen. Das sei bei der Natur der Stoffe, für die diese Zölle in Betracht kommen und aus psychologischen Gründen nicht möglich. Er sehe darum keine Möglichkeit zur Verwirklichung eines Zollfriedens.

Die Wirkung dieser Erklärung war umso niederschmetternder, als Frankreich in der Vollversammlung des Völkerbundes im September selbst zusammen mit England und Belgien den Zollfrieden beantragt hatten. Der Vertreter der Schweiz beantragte sofort die Vertagung der Konferenz, wenigstens solange, bis die Delegationen neue Instruktionen von ihren Regierungen eingeholt hätten. Deutschland verlangte zumindest Vertagung der Kommissionsarbeiten und Bericht an die Vollkonferenz, die dann über die Weiterführung oder Nichtweiterführung der Konferenz im Einverständnis mit den beteiligten Regierungen entscheiden sollte. Nur Holland schien geneigt, trotz der Absagen Italiens und Frankreichs weiterzuarbeiten.

Die französische Delegation versuchte die Wirkung der Erklärungen Serruys abzuschwächen. Man wies darauf hin, dass Serruys andere Punkte einer gemeinsamen Wirtschaftsaktion genannt habe, über die auch Frankreich mit sich reden lasse. In der Tat führte Serruys nach seiner Absage an den Zollfrieden drei Dinge auf, über die nach Frankreichs Meinung mit der Aussicht auf praktische Resultate verhandelt werden könnte. Erstens könne eine Verlängerung der Geltungsdauer vertraglich festgelegter Zölle angestrebt werden, zweitens könnten sich die Staaten verpflichten, vor einer Erhöhung autonomer, d.h. nicht gebundener Zölle mit den interessierten anderen Staaten zu verhandeln und drittens könnten Garantien für die Anwendung der beiden Zollarten geschaffen werden.

SPD. Am Donnerstag haben das Reichsgericht und das preussische Kammergericht, beide als höchste Instanz, in zwei Strafprozessen entschieden, da das öffentliche Interesse beanspruchen. Reichsgericht wie Kammergericht haben jedes ein Urteil der Vorderinstanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Beratung an ein anderes Gericht zurückverwiesen. Mit diesen Entscheidungen ist zwei Richtersprüchen die Rechtskraft versagt worden, die von der Volksmeinung als gerecht empfunden und als Zeichen eines neuen Geistes in der Rechtspflege begrüßt worden waren.

Das Reichsgericht hob den denkwürdigen Freispruch auf, zu dem am 10. April 1929 eine Kammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert in dem Gotteslästerungsprozess gegen den Kunstmaler George Gross gekommen war. Denkwürdiger noch als der Freispruch die Begründung, die Siegert gab: die Kunst sei frei. Wolle man ihr die Meinung von solchen Menschen, die die Kunst nicht kennen, als Grenze setzen, so sei das gleichbedeutend mit einer Zwangsjacke für die Kunst. Zu diesem kunstbejahenden Geist hat sich das Reichsgericht nicht aufschwingen können, es ist in die Betrachtungsweise eines

muckerischen Philistertums zurückgesunken und hat der Kunst tatsächlich die Zwangsjacke angezogen. Im Gegensatz zu Sigert führt es aus: ausschlaggebend sei nicht, wie die Bilder im allgemeinen oder auf den künstlerisch Gebildeten wirken, sondern welche Meinung sie bei den Anhängern der christlichen Kirche erwecken. Das Gesetz wolle das schlichte religiöse Gefühl des einfachen Mannes schützen.

Der "sittliche Normalmensch" der lex Heinze feiert in diesem Urteil Auferstehung! Das Urteil des gebildeten, des künstlerisch denkenden Menschen ist bedeutungslos, Norm und Masstab aller Gefühle sind der Mucker und der Frömmler, - so entscheidet das Reichsgericht. Die Vorinstanz soll jetzt noch einmal prüfen, wie die Bilder des George Gross von Christen erfunden werden und wie sie in der Darstellung gemeint sind. Auch der von der Siegert-Kammer verneinte Vorsatz der Beschimpfung soll nochmals nachgeprüft werden. Das ist die indirekte Anweisung zur Verurteilung.

Nicht ganz das gleiche kann man von der Begründung sagen, mit der das preussische Kammergericht jenes Landgerichtsurteil aufhob, durch das die beiden Reichsrichter Senatspräsident Reichert und Reichsgerichtsrat a.D. Beyer wegen Beleidigung des Schriftstellers Leopold Schwarzschild verurteilt worden sind. Schwarzschild hatte den Fall Jakubowski in einem Artikel als Fehlurteil kritisiert, weswegen ihn die beiden Reichsrichter in einem Artikel der "Richterzeitung" einen "rechtsbeugenden Literaten" genannt hatten. Das Landgericht hätte wegen dieses Ausdrucks auf je 300 Mark Geldstrafe gegen Reichert und Beyer erkannt.

Die Urteilsbegründung, mit der der Strafsenat des Kammergerichts dieses Urteil aufhob, berührt insofern seltsam, als sie mit dem Wunsche des Senats beginnt, dass beide Parteien die Zurückweisung an das Landgericht dazu benutzen möchten, sich zu vergleichen, weil der Prozess gegen die beiden Reichsrichter "nicht im Interesse des Ansehens der Rechtspflege" läge. Mit dieser Begründung muss der Senat in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, dass dieser Wunsch nach einem Vergleich das ausschlaggebende Motiv für die Rückverweisung gewesen sei. Im übrigen sind die Gründe für die Rückverweisung so formuliert, dass die neue Entscheidung noch völlig offen bleibt. Der Strafsenat geht von dem Grundsatz aus, dass es das Recht jeden Staatsbürgers sei, ein Urteil zu schelten und an ihm Kritik zu üben, sofern dies in loyaler Weise geschehe und nach genauer Prüfung der Umstände. Aber in dem gleichen Masse sei auch gestattet eine Kritik an der Kritik. Auch dem Kritiker des Kritikers könne die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugesprochen werden, zumal es sich bei den Angeklagten um Führer des Deutschen Richterbundes handle, die an der Frage der Rechtsprechung besonders interessiert gewesen seien. Der Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen aber stehe auch ihnen nur dann zu, wenn sie das Material genau geprüft hätten. Die Forderung sorgfältiger Prüfung sei der Dämm dagegen, dass leichtfertig kritisiert werde.

Das Landgericht wird also in der Hauptsache die Frage zu prüfen haben, ob die Reichsrichter Reichert und Beyer, als sie ihren Artikel gegen Schwarzschild verfassten, das Material des Jakubowskiprozesses genau geprüft hatten. Soweit uns bekannt, wird diese Frage verneint werden müssen. Die Reichsrichter hatten bei Abfassung ihres Artikels nicht einmal das Urteil im Falle Jakubowski gelesen. Infolgedessen erscheint auch nach der Zurückverweisung ihre Verurteilung wahrscheinlicher als ihr Freispruch. Deshalb denn auch wohl der Wunsch des Kammergerichts nach einem Vergleich, der nur in der Berufungs-, nicht aber in der Revisionsinstanz geschlossen werden kann.

SPD. Das demokratische "B.T." setzt seit einiger Zeit seinen Ehrgeiz darin, im Porzellanladen der preussischen Koalitionspolitik die Rolle eines gewissen Dickhäuters zu spielen. Am Donnerstag früh brachte es eine von Ausfällen gegen die Sozialdemokratie strotzende Notiz, die in die nur schlecht ver-

hüllte Drohung ausklang, dass die Demokraten bei Nichterfüllung ihrer personalpolitischen Wünsche auf die frei werdenden Oberpräsidien am Freitag den kommunistischen Misstrauensantrag gegen den Innenminister Grzesinski direkt oder indirekt unterstützen würden.

Über die Wirkung dieses Artikels konnten sich seine Verfasser kaum im Unklaren sein. Eine Koalitionspolitik auf der Grundlage derartige Pressionen - um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen - ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Was sollte daraus entstehen, wenn vor jeder wichtigen Abstimmung eine der Koalitionsparteien erklären würde: wir machen nur mit, wenn vorher dieser oder jener unserer Wünsche erfüllt wird ? ! Es könnte dann schliesslich dahin kommen, dass eine Partei, die innerhalb der Koalition mit ihren Wünschen nicht durchdringt, sich bei einer ausserhalb der Koalition stehenden Partei einen Misstrauensantrag bestellt, um mit dessen Hilfe ihre Koalitionspartner auf die Knie zu zwingen!

Zentrum und Sozialdemokratie waren sich dann auch einmütig darüber klar, dass den Anfängen einer solchen Politik mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden müsse. Erfreulicherweise löste sich aber alles in eitel Dunst auf, denn es stellte sich heraus, dass das Berliner Demokratenblatt wieder einmal aus der Reihe getanz war. Die demokratische Fraktion rückte energisch von den Methoden des "B.T." ab und erklärte, dass es ihr niemals in den Sinn gekommen wäre, den kommunistischen Misstrauensantrag durch Stimmenthaltung oder Abwesenheit zu unterstützen. Wegen der schwebenden Personalfragen wurde eine Einigung dahin erzielt, sie nach der Genesung des erkrankten Innenministers Grzesinski zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Jede Verquickung dieses Gegenstandes mit der Abstimmung über das Misstrauensvotum wurde abgelehnt.

Damit haben die Quertreiber des "B.T." die gebührende Abfuhr erhalten. Bei wiederholten Gelegenheiten hat die demokratische Fraktion des Landtags ihr Bedauern darüber ausgesprochen, dass sie auf die Haltung der hauptstädtischen demokratischen Presse leider keinerlei Einfluss habe. Wir wissen es, aber das grosse Publikum weiss es nicht. Deshalb sollte sich die demokratische Partei doch einmal nach einem Mittel umsehen, dieser verantwortungslosen Politikasterei einiger irrtümlich in die Politik gelangter Feuilletonisten einen Riegel vorzuschieben.

SPD. Dem in den nächsten Wochen erscheinenden Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für 1929 entnehmen wir, dass die Partei am Schlusse des Jahres 1 021 777 Mitglieder zählte. Damit wurde das Ziel der Werbewoche im Herbst: Eine Million Mitglieder mustern zu können, nicht nur erreicht, sondern noch in erfreulicher Weise überschritten. Über 84 000 Mitglieder traten in die Partei neu ein. Und das in einer Zeit der beispiellosen Hetze gegen unsere Partei und der wahllosen Verleumdung mancher im Vordergrund stehender Genossen, in der Zeit einer skrupellosen Verleumdungssucht, die namentlich in Berlin ihre üblen Giftblasen schlug. Dieses Vorwärtsschreiten der Partei beweist, dass die Arbeiter sich nicht kopfscheu machen lassen und dass die Werbekraft der Partei durch das Gekläff der Gegner - besonders der radikalen Linken und Rechten - nicht gelähmt werden kann. Die Partei hat das Vertrauen grosser Volksmassen. 803 442 Männer und 218 335 Frauen zählen sich zur sozialdemokratischen Partei.

Ebenso erfreulich wie diese Zunahme der Mitgliederzahl ist die Zunahme der Ortsvereine. Von 8 916 im Vorjahre stieg sie auf 9 544 im Jahre 1929. Die Partei hat sich also auch organisatorisch verbreitert und sie gewinnt damit täglich mehr Einfluss auf die Gestaltung der politischen Zustände, besonders in den Gemeinden und Ländern.

Über 11 Millionen Mark Einnahmen beweisen die starke Finanzgebarung der Partei. Rund 72 500 Mitgliederversammlungen, 27 500 öffentliche Versammlungen

Und die Verteilung von über 72 Millionen Flugblättern und Agitationsschriften zeigen die immense agitatorische Arbeit auch des letzten Parteigenossen, der mit Eifer und Liebe für die sozialistische Idee wirbt.

Möge dieser opferfreudigen Parteiarbeit auch in diesem Jahre ein guter Erfolg blühen!

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Aufständischen in Indochina haben einen neuen Überfall auf die Ortschaft Haiphong geplant. Es gelang jedoch den französischen Behörden, rechtzeitig von dem Plan Kenntnis zu erhalten und ihn zu verhindern. In Haiphong liegt nämlich die Hauptfunkstation, die Haiphong mit Frankreich verbindet. Bei einer Polizei-Razzia in Khalang entdeckten französische Soldaten ein schwer befestigtes Eingeborenenhaus, das erst nach längeren Kämpfen erobert werden könnte. In dem Haus sind die Angriffspläne gegen Haiphong entdeckt worden. Ausserdem konnte man darin ein wahres Lager an Gewehren und Munition beschlagnahmen und 12 der wichtigsten Führer der Aufstandsbewegung verhaften.

SPD. München, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Das bayerische oberste Landesgericht hat schon wieder einen bayerischen Gesetzesparagrafen für verfassungswidrig erklärt, diesmal den § 58 des bayerischen Beamten-Besoldungsgesetzes vom April 1928, der besagt, dass die Dienstbezüge, Wartegelder usw. der bayerischen Staatsbeamten durch Gesetz geändert werden können. Verlangt wurde dieses Gutachten auf Ansuchen des Landtages durch die bayerische Regierung selbst im März 1929, als von verschiedenen Parteien Anträge auf Kürzung der oberen Beamtengehälter behandelt werden sollten. Das Oberste Landesgericht beruft sich bei seinem Gutachten auf den Artikel 129 der Reichsverfassung, der die wohlerworbenen Rechte der Beamten für unverletzlich erklärt und sagt dazu, dass diese wohlerworbenen Rechte der Beamten weder durch Landesgesetz noch durch einfaches Reichsgesetz, sondern nur durch verfassungsänderndes Reichsgesetz nach Artikel 76 der Reichsverfassung geschmälert werden können.

SPD. Halle, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schöffengericht Halle beginnt am Freitag ein ausserordentlich interessanter Prozess, in dem die Entstehungsgeschichte des Leuna-Werkes bei Halle eine Rolle spielen wird. Angeklagt sind zehn Personen, ein elfter Angeklagter befindet sich in Russland. Neben dem Hauptangeklagten, Malermeister Schönfeld aus Leipzig, sind angeklagt verschiedene Geschäftsführer, Betriebsführer, Handwerksmeister und ein ehemaliger höherer Beamter des Leuna-Werkes. Den Angeklagten wird folgendes zum Vorwurf gemacht. Im Jahre 1924 kam es bei der Endabrechnung zwischen dem genannten Malermeister und dem Leuna-Werk zu Differenzen, in deren Verlauf Schönfeld gegen das Leuna-Werk einen Zahlungsbefehl von 2,3 Millionen Goldmark erwirkte. Gegen diesen Zahlungsbefehl wurde Einspruch erhoben, die Gesamtabrechnung nachgeprüft und eine grosse Anzahl von Unstimmigkeiten entdeckt. So sollen ausgeführte Arbeiten mehrfach angerechnet, bezahlt verlangt und auch bezahlt worden sein, die nie oder zum Teil auch von anderen Firmen ausgeführt worden sind. Bei diesen Überprüfungen stellten sich auch Verfehlungen von hohen Angestellten des Leuna-Werkes heraus. Schönfeld hat insgesamt Nachtragsforderungen von elf Millionen Goldmark gestellt. Die Vorgänge liegen zum Teil in der Kriegs-, Revolutions- und Inflationszeit und gehen bis in die Entstehungszeit des Leuna-Werkes zurück. In diesen unruhigen

Zeiten mussten alle Arbeiten in grosser Hast und alle Abrechnungen oberflächlich geleistet werden. Das ist auch der Grund, weswegen die Staatsanwaltschaft fünf Jahre gebraucht hat, um das ungeheure, mehrere Waggonladungen umfassende Material für die 383 Druckseiten grosse Anklageschrift vorzubereiten. Geladen sind für den Prozess, der etwa 5 bis 6 Monate dauern wird, 173 Zeugen und zehn Sachverständige.

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit den Beschlüssen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Schankstättengesetz. Sie erklärte sich mit der Haltung ihrer Vertreter im Ausschuss einverstanden.

SPD. Das Reichskabinett hat sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über den Etat 1930 beschäftigt. Die Verhandlungen wurden aber auch in der Nachmittagssitzung noch nicht beendet; sie werden am Freitag nachmittag fortgesetzt. Die Beratungen des Kabinetts gestalteten sich ausserordentlich schwierig. Die Meinungsverschiedenheiten über die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung zur Deckung des Fehlbetrages durch Steuererhöhungen und über die künftigen Ausgabebeschränkungen und Steuerermässigungen sind nach wie vor sehr erheblich, und ein Weg zur Einigung ist noch nicht sichtbar.

Bei der Arbeitslosenversicherung dürfte der Vorschlag Dr. Moldenhauers, lediglich 150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Sozialversicherungsanstalten in den Etat einzustellen, den Rest aber der eigenen Deckung durch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch Leistungskürzung oder Beitragserhöhung zu überlassen im Reichskabinett keine Zustimmung finden. Auch für die Beitragserhöhung um ein halbes Prozent auf 4 Prozent dürfte sich keine Mehrheit erzielen lassen. Dagegen scheint eine gewisse Neigung für den Vorschlag zu bestehen, 150 Millionen durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien zu beschaffen und den Rest von 100 Millionen durch eine Mitberanziehung der Festbesoldeten zu gewinnen. Einzelheiten über die Ausführung dieses Planes sind im Kabinett noch nicht diskutiert worden. Der Gedanke des allgemeinen Notopfers in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer, dessen Erträgnisse für die Arbeitslosenversicherung zu verwenden wären, stösst nach wie vor auf sehr starken Widerstand.

Allerdings ist bisher eine Entscheidung, ob ein solches Notopfer der hohen Einkommensteuerpflichtigen zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt erforderlich ist, noch nicht gefallen. Ebensowenig ist eine Verständigung über die übrigen Deckungsvorschläge erzielt worden. Am wenigsten Widerstand findet die Verkürzung der Stundungsfristen bei Zucker und Zigarren, durch die ein Mehrertrag von 30 Millionen erzielt würde. Für die Entnahme von 50 Millionen aus der Reserve der Bank für Industrieobligationen zur Senkung der Industriebelastung um den gleichen Betrag scheint eine Mehrheit vorhanden zu sein. Gegen die Biersteuererhöhung bestehen noch erhebliche Bedenken. Sie stehen nicht nur im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der Bayerischen Volkspartei, sondern beruhen auch auf der Erwägung, dass man die Bierverbraucher dagegen schützen müsse, dass die Erzeuger einen höheren Zuschlag nehmen als er durch die Steuererhöhung gerechtfertigt ist. Daher wird neben dem Plan eines Bierhandelsmonopols auch an die behördliche Festsetzung der Bierpreise gedacht. Die Mineralwassersteuer stösst bei einem Teil des Kabinetts auf starke Bedenken und kommt für ihn überhaupt nur in Betracht, wenn gleichzeitig durch eine Gemeindegetränksteuer auch die Heranziehung von Wein und Schaumwein für die sozialen Zwecke der Gemeinden ermöglicht wird. Auch die Erhöhung des Benzin-

Zolls ist umstritten, da man schädliche Auswirkungen auf den Massenverkehr durch die Autobusse fürchtet. Auch andere wirtschaftliche Gefahren müssen erst gebannt sein, ehe man dem Plan zustimmen kann.

Die Vorschläge von Moldenhauer über die Beschränkung der Ausgaben und die sofortige Festlegung von Steuersenkungen, die im Jahre 1931 erfolgen sollen, sind zwar im Kabinett besprochen worden, eine Entscheidung steht aber auch darüber noch aus.

SPD. In den Vereinigten Ausschüssen zur Beratung der Younggesetze ist am Donnerstag nach Abschluss der Debatte auf Wunsch des Zentrums die Abstimmung auf Freitag vormittag vertagt worden. Inzwischen ist vom Zentrum neuerdings angeregt worden, die Abstimmung weiter hinauszuschieben. Während das Zentrum bisher die Verbindung von Younggesetzen und Finanzreform nur so verstanden wissen wollte, dass eine Entscheidung über die Finanzpläne vor der endgültigen Entscheidung über die Younggesetze in dritter Lesung in der Vollversammlung des Reichstags zu erfolgen habe, will es jetzt weitergehen. Es soll ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden, der unter Umständen neue Komplikationen hervorrufen könnte.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher bereits gegen die ungehemmte Redeflut in den vereinigten Ausschüssen und gegen die Verzögerungstaktik des Zentrums gewandt. Die erneute Vertagung stösst nun aber auch auf den entschiedenen Widerstand des Reichskabinetts. Durch den Reichskanzler ist erklärt worden, dass die Regierung unter keinen Umständen das Verlangen nach weiterer Vertagung der Abstimmung über die Younggesetze dulden werde. Die Abstimmung über die Younggesetze dürfte deshalb am Freitag vormittag in den vereinigten Ausschüssen erfolgen. Man wird hoffen dürfen, dass das Zentrum den Wünschen der Regierung entspricht und dem deutschen Volk nicht das Schauspiel bietet, dass aus rein innerpolitischen Gründen das Zentrum bei den Younggesetzen an der Seite der Opposition steht.

SPD. London, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des Rates der Volkskommissare, Rykov, hat einem englischen Zeitungskorrespondenten ein Interview erteilt, das der Frage der Religionsverfolgungen in Russland gewidmet war. Rykov betonte, dass ihm kein einziger Fall bekannt sei, in dem jemand wegen seines Glaubens verfolgt, bestraft oder eingesperrt sei. Derartige Massnahmen seien auf dem Boden der Sowjetrepublik kaum möglich, da volle Freiheit der Religionsübung bestehe. Kirchen seien allerdings geschlossen und anderen Zwecken zugeführt worden. Dies sei jedoch in jedem einzelnen Falle aufgrund des in Massenversammlungen ausgedrückten Wunsches der Gemeinden geschehen. Russland bestrafe Priester niemals wegen Erfüllung ihres Berufes, sondern lediglich wegen ihrer konterrevolutionären Betätigung. Die Sowjetregierung erlaube die Ausführung jedes Glaubensbekenntnisses, sie leihe jedoch religiösen Vorurteilen keine helfende Hand.

SPD. London, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In London ist unter dem Namen "Nationale Schiffsbau-Gesellschaft" eine riesige Dachorganisation eingetragen worden, die es sich zur Aufgabe stellt, die gesamte britische Schiffsbauindustrie unter eine gemeinsame Leitung zu stellen. Das Ziel, das sich die neue Kombination setzt, ist die Rationalisierung der Industrie durch Konzentrierung der Aufträge auf einige wenige moderne und leistungsfähige Werften. Es sollen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um alle in der Schiffsbauindustrie heute tätigen Arbeiter weiter zu beschäftigen.

SPD. London, 27. Februar (Fig. Drahtber.)

Die Hergabegesetzgebung der Regierung, die im Dezember anlässlich der zweiten Lesung der Kohlenbill um ein Haar zu einer Niederlage der Regierung im Unterhaus geführt hat, trat am Donnerstag neuerlich in ein kritisches parlamentarisches Stadium. Der Gesetzentwurf befindet sich im sogenannten Komitee=Stadium und die parlamentarischen Verhandlungen haben nunmehr jene von der Regierung zurückgestellten Klauseln erreicht, die von den Förderungs=Quoten handeln. Während zwischen der Regierung und den Liberalen in interfraktionellen Verhandlungen eine Einigung über die meisten übrigen Gesetzesbestimmungen erzielt wurde, hat sich die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien in dieser Frage nicht überbrücken lassen. Die Regierung betrachtet im Einverständnis mit den 73 Abgeordneten der Bergarbeiter diese Gesetzesklauseln, welche die Kohlenförderung und den Kohlenabsatz regulieren sollen, als einen unerlässlichen Bestandteil des Gesetzes. Die beiden anderen Parteien setzen diese Bestimmungen eine geschlossene Front entgegen. Damit hat sich die kritische Lage vom Dezember wiederholt und das Schicksal der Regierung und die Frage von Neuwahlen hängt neuerlich von einem Zufall einiger weniger Abgeordneten ab. Liberale wie Konservative haben nichts unversucht gelassen, um den letzten Abgeordneten zur heutigen Abstimmung heranzubringen und die Einpeitscher haben die bekannten dreimal unterstrichenen Aufforderungen zur Anwesenheit an die Abgeordneten gesandt, was nur bei grossen politischen Entscheidungen geschieht, in denen es um Sein oder Nichtsein einer Regierung geht. Die Situation hat sich allerdings gegenüber Dezember für die Arbeiterregierung insofern gebessert, als die Konservativen durch innere Wirren infolge der Neugründung der Beaverbrook=Partei im gegenwärtigen Augenblick allen Anlass haben, Neuwahlen zu meiden.

Die grosse Aussprache wurde von dem liberalen Abg. Davies eröffnet, der den kritischen Abänderungsantrag der liberalen Partei erläuterte. Ihm antwortete als erster Redner der Arbeiterpartei der junge Bergarbeiter Bevon, der die von der Regierung vorgesehene Produktionsregelung gestützt auf die deutschen Erfahrungen mit dem System der Produktionsquoten verteidigte.

SPD. Die Verhandlungen zur Uebernahme von Reichsbahn=Vorzugsaktien durch die Angestellten=und Invalidenversicherung, die dieser Tage im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums geführt wurden, haben eine Klärung gebracht. Es ist damit zu rechnen, dass die Angestelltenversicherung im Laufe der Jahre 1930 und 1931 = 100 Millionen Mark und die Invalidenversicherung 50 Millionen Mark Vorzugsaktien der Reichsbahn übernehmen werden.

Der vorgesehene freiwillige Kauf von Reichsbahnvorzugsaktien stellt für den Versicherungsträger bei 7 % Zinsen und bei der Sicherung gegen evtl. Kursverluste durch das Reich eine gute Geldanlage dar. Er ist etwas ganz anderes, als die ursprünglich geplante Hergabe von Versicherungsgeldern gegen Verpfändung von Reichsbahnvorzugsaktien. Die Aktien sind handelsfähig; die Angestellten=und die Invalidenversicherung können sie jederzeit verkaufen, wenn das Reich von seinem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch machen will. Zu beachten ist auch, dass die Anlage in die 25 % der Massvorschriften der Geldanlagen der Versicherungen in Reichs= und Staatspapieren eingerechnet wird.

Die Zollmittel für das Jahr 1929 werden die Versicherungsanstalten spätestens im April voll ausgezahlt erhalten. Für 1930 und 1931 sollen jedoch Anstelle der 40 Millionen Mark Zollmittel nur je 20 den Versicherungsanstalten zur Verfügung gestellt werden. Durch die Lex Brüning, die die Verwendung der Ueberschüsse aus der Lohnsteuer regelt, will man 1930 den Versicherungsanstalten den Betrag von 27 $\frac{1}{2}$ Millionen und 1931 einen solchen von 70 Millionen voraussichtlich zufließen lassen. Die Reichsbeiträge sollen vom 1. April 1930 ab wieder in barem Geld den Versicherungsanstalten gegeben werden.

SPD. Bern, 27. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Geschäftsleitung der S.P.S. beantragte bei dem Exekutivbüro der SAJ eine Intervention beim Völkerbund zwecks Organisierung einer grossen Hilfsaktion gegen die Hungersnot in China, wobei die SAJ dem Völkerbund ihre Hilfe zur Verfügung stellen soll. Eine Einladung, ähnliche Interventionen in Genf zu beantragen, ergeht an den Schweizerischen Bundesrat.

SPD. Köln, 27. Februar (Eig.Drahtb.)

Zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte am Donnerstag das Schwurgericht in Köln den 32 jährigen berufslosen Max Brathe, der in vier Fällen in Essen und in Köln Kraftdroschken gemietet und die Chauffeure in einer stillen Strasse ihres Geldes und ihrer Papiere beraubt hatte. Das Gericht erkannte weiter auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

SPD. Köln, 27. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Aachener Kriminalpolizei verhaftete in der Nacht zum Donnerstag in Rölsdorf bei Düren den 20 jährigen Dekorateur Franz Stöckler, der am Mittwoch abend die 70 jährige Witwe Krudewig in ihrer Wirtschaft mit der Faust niedergeschlagen, dann gefesselt und mit einem Feuerhaken getötet hatte. Er raubte darauf eine goldene Damenuhr und 150 Mark Bargeld, mit dem er sich ein Fastnachtskostüm kaufen wollte.

SPD. Das Reichskabinett hat am Donnerstag über die Gestaltung des Haushaltsplanes für 1930 beraten. Die Beratungen wurden nicht abgeschlossen. Im Hinblick auf eine im Laufe des Freitag vormittag stattfindende Besprechung mit den Finanzministern einiger Länder ist die Weiterführung der Kabinettsberatungen auf Freitag nachmittag festgesetzt.

SPD. Halle, 27. Februar (Eig.Drahtb.)

Der in der Mordsache Bauer mehrfach genannte Privatdetektiv Peters ist noch im Laufe des Mittwoch nachmittag nach Halle überführt und die ganze Nacht hindurch im Polizeipräsidium vernommen worden. Die bisherige Untersuchung war so belastend für Peters, dass der Untersuchungsrichter am Donnerstag Haftbefehl gegen ihn erliess. Peters leugnet noch immer, sowohl die Tat ausgeführt zu haben als auch irgendwie daran beteiligt zu sein. Die Kriminalpolizei geht von der Annahme aus, dass Peters infolge seiner jahrelangen Bekanntschaft mit der Frau des ermordeten Direktors Bauer Kenntnis davon erlangt hat, dass Bauer sein Leben mit über 100 000 Mark versichern liess und dass Peters dann ohne Wissen der Frau Bauer systematisch darauf hingearbeitet hat, Bauer zu beseitigen und sich dann auf irgendeine Weise in den Besitz des Geldes zu setzen. Am Donnerstag abend findet im Polizeipräsidium eine Konferenz statt, in der die näheren Einzelheiten über die bisherige Untersuchung bekanntgegeben werden sollen.

Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 27. Februar (Eig. Bericht)

Der Reichstag trat am Donnerstag bei nicht gerade starkem Interesse des Hauses und der Tribünen in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsminister-Pensionsgesetz) ein.

Dieser Gesetzentwurf verdankt seine Entstehung dem ständigen Drängen der Sozialdemokratie auf Einschränkung der Ministerpensionen. Es ist kennzeichnend, dass es nur einem sozialdemokratisch geführten Kabinett gelungen ist, dieses Gesetz bis an den Reichstag zu bringen. Es trägt noch die Unterschrift des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding. Ueber den Inhalt des Gesetzes ist wiederholt berichtet worden. Es schafft die Ministerpensionen für alle parlamentarischen Minister ab, auch wenn sie aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind. Nur für Minister, die das 65. Lebensjahr hinter sich haben, ist unter gewissen Voraussetzungen eine Pension möglich. Die Beamten aus freier Berufen sollen ein Übergangsgeld für so viele Monate erhalten, wie sie im Amte waren, mindestens aber sechs Monate. Das Übergangsgeld besteht in den ersten drei Monaten nach der Entlassung in den vollen Amtsbezügen, für den Rest der Zeit wird die Hälfte der Bezüge gewährt. Für Minister, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, verdoppelt sich die Dauer der Übergangszeit. Soweit Beamte als Minister berufen werden, erhalten sie nach dem Ausscheiden die Höchstpension der Beamtenstellung, in der sie sich vor der Berufung als Minister befunden haben.

Der Berichterstatter, Abg. Rossmann (Soz.), der eingehend die Ausschussberatungen schilderte, begründete sogleich eine Entschliessung des Ausschusses, die von der Regierung verlangt, dass zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen eingestellt werden. Auch dieser Antrag ist auf eine weitere Beschränkung der pensionierten Minister eingestellt. Der Gesetzentwurf bestimmt, dass die Ernennung des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten in Zukunft von dem neuen Reichskanzler, und nicht mehr von seinem Vorgänger gegenzuzeichnen ist. Diese neue Bestimmung ist lebhaft umstritten. Auf der einen Seite wird eingewendet, dass die elfjährige Übung nicht verlassen werden solle und der Reichskanzler durch erst amtiere, wenn er im Besitze seiner vollgültigen Ernennung sei. Dem aber wird entgegengehalten, dass der Reichspräsident in seiner verfassungsmässigen Freiheit bei der Reichskanzlerwahl behindert sei, wenn er auf die Gegenzeichnung des verabschiedeten Reichskanzlers angewiesen bleiben müsste.

Der deutschnationale Redner Gottheiner, ein entschiedener Gegner des jetzigen Regierungssystems, konnte doch nicht verleugnen, dass der Gesetzentwurf einen gewissen Fortschritt bedeutet. Seine Fraktion ist auf einmal dagegen, dass die Minister über 65 Jahre Pension beziehen sollen. Er will reine Bahn machen. Dagegen sind die Deutschnationalen natürlich ebenso wie die Volksparteiler, die den Abg. Morath sprechen lassen, gegen jede Pensionskürzung. Sie drohen, das Gesetz scheitern zu lassen, wenn entsprechend dem im Ausschuss angenommenen sozialdemokratischen Antrag die Höchstgrenze für Ministerpension in Zukunft 12000 Mark beträgt.

Auch die Zentrumsfraktion, die den Abg. Schetter sprechen liess, steht nicht sehr fest zu dieser Höchstpensionsgrenze. Sie beschwor die sozialdemokratische Fraktion, lieber einem Kompromiss zuzustimmen, als den Gesetzentwurf der Gefahr des Scheiterns auszusetzen. Herr Schetter machte die etwas unglückliche Bemerkung, dass nach der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes ein hoher Idealismus dazu gehöre, Minister zu werden. Er dachte dabei wahrscheinlich an die Wirtschaftsführer, die im freien Berufe das vielfache eines Ministergehaltes beziehen. Im Folge aber wird es bei der jetzigen Notlage nicht verstanden werden,

wenn man sagt man brauche viel Idealismus, bei einem Gehalt von 36 000 Mark im Jahre Minister zu werden.

Dem Kommunisten Torgler genügt natürlich das Gesetz nicht. Aber er schliesst doch betreten, als ihm später der sozialdemokratische Abgeordnete Rossmann vorschlug, man könne ja die deutschen Reichsminister etwa in derselben Höhe besolden, wie die russisch-kommunistische Regierung ihren Botschafter in Berlin, dessen Aufwandsentschädigung allein wesentlich höher ist, als das gesamte Einkommen eines deutschen Reichsministers. Rossmann zitierte unter grosser Heiterkeit des Hauses eine Rede des Nationalsozialisten Dr. Frick aus dem Dezember vorigen Jahres, der damals nicht ahnte, dass er selbst bald Minister werden würde, vorgeschlagen hat, man solle die Minister nach ihren Leistungen bezahlen. Aus den verschiedensten Seiten des Hauses wurde gerufen, dass unter diesen Umständen Herr Dr. Frick bei seinen Leistungen in Thüringen noch herausbezahlen müsse. Jetzt arbeitet sich der Pensionsfeind, der schon seit Jahren bayerische Pension bezieht, würdig auf die Ministerpension in Thüringen vor. Rossmann trat noch einmal entschieden für die Höchstgrenze von 12 000 Mark ein und für das Anrechnen von Bezügen neben der Pension. Er schloss mit einer scharfen Bemerkung gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht und den deutschnationalen Führer Hergt, die sich über die Pensionspsychose in Folge beklagen, während der eine selbst 350 000 Mark Jahresgehalt hat und ihm 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Abfindung winken, und der andere seit langen Jahren über eine hohe Ministerpension verfügt. Rossmann verlangte eine moralische Offensive gegen diese Art "Doppelverdiener".

Die Nationalsozialisten liessen in auffallend sanfter Rede des Herrn Stöhr erklären, das Gesetz sei zwar ein Fortschritt, aber sie stimmten dagegen. Anscheinend sind die Nationalsozialisten, seitdem sie ministrabel geworden sind, sehr vorsichtig gegenüber Ministerpensionen. Man kann doch nicht Herrn Dr. Frick in Thüringen um seine Ministerpension bringen.

Für die christlich-nationale Bauernpartei beantragte Döbrich Herabsetzung der Gehälter auf 24.000 Mark, für die Minister, auf 30.000 Mark für den Kanzler. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der § 14 (Gehälter) wurde in namentlicher Abstimmung gegen die Kommunisten, die Nationalsozialisten, viele Deutschnationale und die beiden Bauerngruppen mit Ausnahme des früheren Ministers Dr. Fehr mit 298 gegen 90 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Es bleibt bei den jetzigen Ministergehältern, die aus den früheren Besoldungsgesetzen übernommen sind. Die Sozialdemokratie würde eine Herabsetzung geprüft haben, jedoch ist dafür keine Mehrheit im Hause zu finden. Das Gesetz wurde im übrigen nach den Ausschussbeschlüssen in zweiter Lesung verabschiedet. Die dritte Lesung wird im Laufe der nächsten Woche folgen.

Das Haus vertagte sich auf Freitag, 13 Uhr.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sie wollen nicht erinnert werden.

SPD. Die Sozialdemokratische Partei ruft zu einem Tag der Erinnerung auf, der am 16. März, dem Tag des Zusammenbruchs des Kapp-Putsches stattfinden soll. Diese Erinnerung ist den Putschisten und ihren Freunden sehr unbequem. Sie wollen nicht an ihre Niederlage erinnert werden, noch viel weniger wollen sie gemahnt werden, dass jedes putschistische Experiment an der Macht der organisierten Arbeiterschaft zerbrechen müsste.

Zu denen, die ihr Missvergnügen über diese Erinnerung öffentlich aussprechen, gehört die Bayerische Volkspartei. Sie lässt sich im "Bayerischen Kurier" folgendermassen vernehmen:

"Wir sind der Ansicht, dass in der heutigen Zeit solche Erinnerungsfeiern nach diesem geplanten Muster nicht nur höchst überflüssig sind, sondern nur noch mehr dazu beitragen können, die Kluft in unserem Volke zu vertiefen, die Gegensätze noch mehr zu verschärfen. Es wäre viel besser, man ginge endlich mit der gleichen Energie, die man hier an den Tag zu legen versucht, an die praktische Aufbau- und Ausbauarbeit in unserem neuen Staate, schaffe Ruhe und Ordnung, festige das Fundament des Volksstaates."

Wir können uns keine grössere Festigung des Fundaments des Volksstaates, keine bessere Garantie für Ruhe und Ordnung vorstellen, als das deutliche Warnungssignal an alle Putschisten: Die organisierte Arbeiterbewegung wird jedem Versuch der Störung der Ruhe und Ordnung und der Erschütterung des Fundaments der Republik zu Boden schlagen. Dies Warnungssignal ist nicht überflüssig, es ist sehr nützlich, und es ist sehr ernst gemeint. Man mag sich dies in Bayern merken. Treibt nicht Hitler wieder in Bayern sein Unwesen? Die Bayerische Volkspartei fürchtet wohl, dass Herr Hitler missvergnügt sein könnte bei der Erinnerung an den Zusammenbruch eines Putsches, der ebenso kläglich endete wie sein eigenes Unternehmen?

Oder sollte dieses Missvergnügen aus einer anderen Quelle kommen? Unter dem Druck meuternder Militärs wurde während des Kapp-Putsches in Bayern eine Regierungsänderung erzwungen. Von da ab begann jene verhängnisvolle Politik, die geradlinig unter aktiver Teilnahme führender Leute der Bayerischen Volkspartei vom Kapp-Putsch zum Hitlerputsch führte. Die Erinnerung mag allerdings unbequem sein - aber die historischen Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Ob in Bayern oder ausserhalb Bayerns: die Arbeiterschaft denkt nicht daran, sich als Schlachtopfer von Putschisten wehrlos den Hals abschneiden zu lassen!

Bayerische Justiz.

In der bayerischen Justiz befinden sich immer noch Beamte, die ihre Stellung parteipolitisch zugunsten der Reaktion ausnützen. Vor dem Volksentscheid des Herrn Hugenberg hatte die Sozialdemokratische Partei Plakate anschlagen lassen, mit der Aufforderung, der Abstimmung fernzubleiben. In der Gemeinde Ermershausen riss der Apotheker Hess die Plakate ab - er hatte das gleiche schon bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 mit den sozialdemokratischen Wahlplakaten getan. Es wurde gegen ihn Anzeige erstattet. Auf die Anzeige erteilte der Amtsanwalt Dr. Ehrhardt die folgende Antwort:

"Der Anzeige gegen Hess, August, wegen Übertretung des Polizeistrafbuchgesetzes gebe ich keine Folge. Die Vernichtung fremder Anschläge ist nur dann strafbar, wenn sie aus Bosheit oder Mutwillen geschieht. Ein mutwilliges Handeln liegt nicht vor, weil der Beschuldigte in dem guten Glauben gehandelt

hat, durch die Vernichtung der seiner Ansicht nach irreführenden Plakate etwas für die Allgemeinheit Nützliches zu tun. Seine Tat ist somit auch nicht als Ausfluss einer schlechten, bösen Gesinnung zu bewerten."

Diese Entscheidung eines bayerischen Amtsanwaltes bedeutet eine Verhöhnung der Sozialdemokratischen Partei, eine glatte Aufforderung an die Gegner der Sozialdemokratie, ihre Plakate abzureissen. Der Amtsanwalt, der diese Entscheidung gefällt hat, hat die Justiz in den Dienst der Reaktion gegen die Sozialdemokratie gestellt.

Sie ziehen schon Steuern ein!

Wir haben festgestellt, dass die Hitlerleute systematisch anfangen, sich als Eigenstaat zu gebärden. Herr Hitler hat die Zensur eingeführt, Herr Göbbels die Hitlerbriefmarke und in Kronach in Bayern zieht man schon Hakenkreuzsteuern ein! Die Nationalsozialisten von Kronach erhoben von dem Gastwirt, bei dem sie verkehrten, eine Steuer, die pro Hektoliter ausgeschenktes Bier eine Reichsmark betrug. Die Steuer musste an die Ortsgruppe der Nationalsozialisten abgeführt werden. Als der Wirt dabei in Schwierigkeiten geriet und die Zahlung einstellte, verlegten die Nationalsozialisten ihr Lokal zu einem anderen Wirt und verhängten über das Gasthaus des Steuerunwilligen ein Lokalverbot. Sie suchten also die Zahlung der Hakenkreuzsteuer unter der Androhung; wirtschaftlicher Schädigung zu erzwingen. Es handelte sich demnach dabei um eine ganz regelrechte für die Hakenkreuzkasse eingeführte Biersteuer! Was wird nach Zensur, Briefmarke und Biersteuer der nächste Schritt der Hakenkreuzler auf dem Wege zum dritten Reich sein?

Theorie und Praxis.

In allen bayerischen Gemeinden bringen die Hakenkreuzler Anträge ein, nach denen Stadtratsmitgliedern keine städtischen Aufträge mehr erteilt werden dürfen. Das klingt sehr reinlich und ist sehr bequem, da die nationalsozialistischen Stadträte sich in der Praxis nicht an die Theorie dieser Anträge zu halten pflegen. Ein neues Beispiel für das Auseinandergehen von Theorie und Praxis beim Hakenkreuz hat ein Hakenkreuz-Stadtrat in Neustadt b. Coburg geliefert. Er hatte sich schon vorher gesichert und vom alten Stadtrat die Eierlieferungen für Krankenhaus und Volksküche übertragen lassen, mit der Verpflichtung, die Eier jeweils einen Pfennig billiger als der Handel zu liefern. Den städtischen Auftrag behält er natürlich trotz der Theorie der Hakenkreuzanträge. Und damit es sich rentiert, liefert er dem Neustädter Krankenhaus die Eier noch dazu um zwei Pfennige teurer als sie sonst im Handel zu haben sind. Die Hakenkreuzeier strafen das Hakenkreuz Lügen!

Der Reichswehrsoldat als Silberputzer.

Die Frau des Reichswehroffiziers v. Einsiedeln-Grossenhain sucht in den deutschnationalen "Dresdner Nachrichten" ein Hausmädchen. Im Inserat heisst es: "Für Tischbedienung und Silberputzen und Heizen ist ein Bursche da." Der Reichswehroffizier hält also einen Offiziersburschen, der in seinem Haushalt das Silber zu putzen und bei Tisch zu bedienen hat. Der Steuerzahler aber muss den silberputzenden Reichswehrsoldaten bezahlen. Uns scheint, dass derartige Verwendung von Reichswehrsoldaten nicht gerade einen Nachweis für die Notwendigkeit der Reichswehr bedeutet. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wieviele Reichswehrsoldaten auf diese Fassung in ihrem Beruf ausgebildet werden.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sie wollen nicht erinnert werden.

SPD. Die Sozialdemokratische Partei ruft zu einem Tag der Erinnerung auf, der am 16. März, dem Tag des Zusammenbruchs des Kapp-Putsches stattfinden soll. Diese Erinnerung ist den Putschisten und ihren Freunden sehr unbequem. Sie wollen nicht an ihre Niederlage erinnert werden, noch viel weniger wollen sie gemahnt werden, dass jedes putschistische Experiment an der Macht der organisierten Arbeiterschaft zerbrechen müsste.

Zu denen, die ihr Missvergnügen über diese Erinnerung öffentlich aussprechen, gehört die Bayerische Volkspartei. Sie lässt sich im "Bayerischen Kurier" folgendermassen vernehmen:

"Wir sind der Ansicht, dass in der heutigen Zeit solche Erinnerungsfeiern nach diesem geplanten Muster nicht nur höchst überflüssig sind, sondern nur noch mehr dazu beitragen können, die Kluft in unserem Volke zu vertiefen, die Gegensätze noch mehr zu verschärfen. Es wäre viel besser, man ginge endlich mit der gleichen Energie, die man hier an den Tag zu legen versucht, an die praktische Aufbau- und Ausbauarbeit in unserem neuen Staate, schaffe Ruhe und Ordnung, festige das Fundament des Volksstaates."

Wir können uns keine grössere Festigung des Fundaments des Volksstaates, keine bessere Garantie für Ruhe und Ordnung vorstellen, als das deutliche Warnungssignal an alle Putschisten: Die organisierte Arbeiterbewegung wird jedem Versuch der Störung der Ruhe und Ordnung und der Erschütterung des Fundaments der Republik zu Boden schlagen. Dies Warnungssignal ist nicht überflüssig, es ist sehr nützlich, und es ist sehr ernst gemeint. Man mag sich dies in Bayern merken. Treibt nicht Hitler wieder in Bayern sein Unwesen? Die Bayerische Volkspartei fürchtet wohl, dass Herr Hitler missvergnügt sein könnte bei der Erinnerung an den Zusammenbruch eines Putsches, der ebenso kläglich endete wie sein eigenes Unternehmen?

Oder sollte dieses Missvergnügen aus einer anderen Quelle kommen? Unter dem Druck meuternder Militärs wurde während des Kapp-Putsches in Bayern eine Regierungsänderung erzwungen. Von da ab begann jene verhängnisvolle Politik, die geradlinig unter aktiver Teilnahme führender Leute der Bayerischen Volkspartei vom Kapp-Putsch zum Hitlerputsch führte. Die Erinnerung mag allerdings unbequem sein - aber die historischen Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Ob in Bayern oder ausserhalb Bayerns: die Arbeiterschaft denkt nicht daran, sich als Schlachtopfer von Putschisten wehrlos den Hals abschneiden zu lassen!

Bayerische Justiz.

In der bayerischen Justiz befinden sich immer noch Beamte, die ihre Stellung parteipolitisch zugunsten der Reaktion ausnützen. Vor dem Volksentscheid des Herrn Hugenberg hatte die Sozialdemokratische Partei Plakate anschlagen lassen, mit der Aufforderung, der Abstimmung fernzubleiben. In der Gemeinde Ermershausen riss der Apotheker Hess die Plakate ab - er hatte das gleiche schon bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 mit den sozialdemokratischen Wahlplakaten getan. Es wurde gegen ihn Anzeige erstattet. Auf die Anzeige erteilte der Amtsanwalt Dr. Ehrhardt die folgende Antwort:

"Der Anzeige gegen Hess, August, wegen Übertretung des Polizeistrafbuchgesetzes gebe ich keine Folge. Die Vernichtung fremder Anschläge ist nur dann strafbar, wenn sie aus Bosheit oder Mutwillen geschieht. Ein mutwilliges Handeln liegt nicht vor, weil der Beschuldigte in dem guten Glauben gehandelt"

hat, durch die Vernichtung der seiner Ansicht nach irreführenden Plakate etwas für die Allgemeinheit Nützliches zu tun. Seine Tat ist somit auch nicht als Ausfluss einer schlechten, bösen Gesinnung zu bewerten."

Diese Entscheidung eines bayerischen Amtsanwaltes bedeutet eine Verhöhnung der Sozialdemokratischen Partei, eine glatte Aufforderung an die Gegner der Sozialdemokratie, ihre Plakate abzureissen. Der Amtsanwalt, der diese Entscheidung gefällt hat, hat die Justiz in den Dienst der Reaktion gegen die Sozialdemokratie gestellt.

Sie ziehen schon Steuern ein!

Wir haben festgestellt, dass die Hitlerleute systematisch anfangen, sich als Eigenstaat zu gebärden. Herr Hitler hat die Zensur eingeführt, Herr Göbbels die Hitlerbriefmarke und in Kronach in Bayern zieht man schon Hakenkreuzsteuern ein! Die Nationalsozialisten von Kronach erhoben von dem Gastwirt, bei dem sie verkehrten, eine Steuer, die pro Hektoliter ausgeschenktes Bier eine Reichsmark betrug. Die Steuer musste an die Ortsgruppe der Nationalsozialisten abgeführt werden. Als der Wirt dabei in Schwierigkeiten geriet und die Zahlung einstellte, verlegten die Nationalsozialisten ihr Lokal zu einem anderen Wirt und verhängten über das Gasthaus des Steuerunwilligen ein Lokalverbot. Sie suchten also die Zahlung der Hakenkreuzsteuer unter der Androhung; wirtschaftlicher Schädigung zu erzwingen. Es handelte sich demnach dabei um eine ganz regelrechte für die Hakenkreuzkasse eingeführte Biersteuer! Was wird nach Zensur, Briefmarke und Biersteuer der nächste Schritt der Hakenkreuzler auf dem Wege zum dritten Reich sein?

Theorie und Praxis.

In allen bayerischen Gemeinden bringen die Hakenkreuzler Anträge ein, nach denen Stadtratsmitgliedern keine städtischen Aufträge mehr erteilt werden dürfen. Das klingt sehr reinlich und ist sehr bequem, da die nationalsozialistischen Stadträte sich in der Praxis nicht an die Theorie dieser Anträge zu halten pflegen. Ein neues Beispiel für das Auseinandergehen von Theorie und Praxis beim Hakenkreuz hat ein Hakenkreuz-Stadtrat in Neustadt b. Coburg geliefert. Er hätte sich schon vorher gesichert und vom alten Stadtrat die Eierlieferungen für Krankenhaus und Volksküche übertragen lassen, mit der Verpflichtung, die Eier jeweils einen Pfennig billiger als der Handel zu liefern. Den städtischen Auftrag behält er natürlich trotz der Theorie der Hakenkreuzanträge. Und damit es sich rentiert, liefert er dem Neustädter Krankenhaus die Eier noch dazu um zwei Pfennige teurer als sie sonst im Handel zu haben sind. Die Hakenkreuzer strafen das Hakenkreuz Lügen!

Der Reichswehrsoldat als Silberputzer.

Die Frau des Reichswehroffiziers v. Einsiedeln-Grossenhain sucht in den deutschen nationalen "Dresdner Nachrichten" ein Hausmädchen. Im Inserat heisst es: "Für Tischbedienung und Silberputzen und Heizen ist ein Bursche da." Der Reichswehroffizier hält also einen Offiziersburschen, der in seinem Haushalt das Silber zu putzen und bei Tisch zu bedienen hat. Der Steuerzahler aber muss den silberputzenden Reichswehrsoldaten bezahlen. Uns scheint, dass derartige Verwendung von Reichswehrsoldaten nicht gerade einen Nachweis für die Notwendigkeit der Reichswehr bedeutet. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wieviele Reichswehrsoldaten auf diese Fassung in ihrem Beruf ausgebildet werden.

Memoiren eines Kellners.

Von Helmut Frenzel / Gaston la Fouche.

7. Fortsetzung.

Sonjas Glück und Ende.

SPD. Eines dieser Mannequins war Sonja J... Ihr Mann, ehemaliger russische Gardeoffizier, war als Reklamechef in einem grossen Berliner Warenhaus tätig. Sonja wurde später Mannequin in einem Berliner Modeatelier. Hier dachte sie etwas von ihrem früheren Leben zurückgewinnen zu können, denn hier gab sich die Welt der Prominenz bei der Modenschau, die drei Mal in der Woche stattfand, ein Stelldichein. Vielleicht liess sich hier ein reicher Freund ergattern.

Tatsächlich fand sie schon nach kurzer Zeit einen französischen Theaterdirektor, der sie zum Souper einlud. Ihr Mann, der sie mit eifersüchtigen Augen bewachte, hatte von dem Souper erfahren, und eines Morgens fand man beide in ihrer Wohnung, mit Leuchtgas vergiftet, tot auf

Zuletzt arbeitete ich in einem Berliner Vergnügungslokal, dessen Exklusivität durch seine Preise zum Ausdruck gebracht wird. Die teuersten Grandkokotte feierten dort mit ihren Kavaliern ihr Leben der Ausgelassenheit. Französischer Sekt floss in Strömen.

"Ei, wer tommt denn da?"

Ein sehr guter Gast war der damals und auch noch heute vielgenannte Gatte der Prinzessin von Schaumburg-Lippe, der ehemalige russische Gardeoffizier Alexander Zoubkow. Wir gaben ihm wegen seiner riesigen Arroganz den Spitznamen "Suffkopp".

Mit fast jedem Kellner aus unserem Etablissement hatte er Auftritte. Etwas hatte er immer auszusetzen. Einmal war das Lokal nicht richtig geheizt, oder aber der Barkeeper hatte seinem Lieblingsgetränk Absinth Suisse, dem Lieblingsgetränk der Kokainisten, durch Zusatz von zu viel Anisette den Geschmack verdorben. Die Brüsseler Mastpoularde, für die Zoubkow eine besondere Vorliebe zu haben schien, taugte nach seiner Meinung ständig nichts, aber trotzdem ass er sie manchen Abend zwei Mal. Und den besten Kaviar titulierte er mit "gewichstem Reis". Mein Kellnerherz blutete jedesmal. . .

Einmal erschien Zoubkow gegen Mitternacht in betrunkenem Zustande in Begleitung einer Schauspielerin und eines homosexuellen Filmkomparsen im Lokal. Im Foyer geriet er mit dem Flimmerjüngling in Wortwechsel und ohrfeigte ihn. In der Bar verlangte er von dem am Fahrstuhl stehenden Pagen in den ersten Stock gefahren zu werden; hierauf erwiderte der Kleine, der Fahrstuhl sei heute ausser Betrieb, worauf Zoubkow wütend wurde und dem Pagen ein paar Ohrfeigen gab, so dass er zu Boden fiel. Damit nicht genug, traktierte er den Jungen noch mit Füssen, so dass der kleine Kerl ein paar Rippen brach.

Mein Kollege, der gerade in der Bar zu tun hatte, eilte auf Zoubkow zu und übergab ihn, nachdem er noch eine anständige Tracht Prügel erhalten hatte, der Polizei.

Brieftasche mit 283 000 Mark Inhalt verloren.

Ein anderes Erlebnis aus der Zeit, als die französische Revue "Vive la femme" in Berlin gastierte.

Nach Schluss der Vorstellung trafen sich die Solisten mit ihren Freunden und Freundinnen bei uns. Jenny Golder, der erste weibliche Star, hatte den belgischen Multimillionär Löwenstein zum Freund. Er war meistens der Kavaliere des ganzen Ensembles. An einem Abend bezahlte er für eine Gesellschaft von 20 Personen

sonen: 8000 Mark; die Rechnung lautete u.a. auf 119 Flaschen Sekt und 51 Dutzend Austern.

An diesem Abend war Löwenstein so betrunken, dass er in der Toilette seine Brieftasche mit 283 000 Mark liegen liess. Der Toilettemann, der ihm die Brieftasche zurückgab, bekam 3000 Mark Finderlohn....

Juanita Casarvana, eine spanische Tänzerin, die bei uns ein Gastspiel gab, war Löwensteins besonderer Liebling. Er schenkte ihr an einem Abend, an dem er mit Jenny Golder Krach gehabt hatte, ein Perlenkollier im Werte von 25 000 Mark. Seitdem waren sich die beiden Damen feindlich gesinnt. Trat die Casarvana auf, suchte die Golder die Toilette auf, bis der Auftritt zu Ende war. Und da Jenny Golder sowieso reichlich hysterisch veranlagt war, lauerte sie an einem Abend nach Lokalschluss ihrer Rivalin auf und verabfolgte ihr eine anständige Tracht Prügel.

Am Tage darauf reiste Jenny Golder nach Paris ab und Löwenstein liess sich nicht mehr sehen.

Ein Gentlemandieb.

An einem trüben Regentage fuhr zwischen 4 und $\frac{1}{2}$ 5 Uhr ein Herr im eleganter 8-Cylinder Maybach-Cabriolet vor. Mit einem Monokel geschmückt, liess er sich sofort ins Büro führen und stellte sich dort dem gerade anwesenden ersten Direktor als Konsul Smith vor und sagte, er sei in momentaner Geldverlegenheit, die Banken seien zu - es war gerade Sonnabend -, und er wollte noch auf ein Pferd fürs Sonntagsrennen in Karlshorst wetten: ob man ihm nicht 5000 Mark auf sein Auto leihen würde. Unser Direktor, durch das sichere Auftreten verblüfft, fragte erst garnicht nach einem Ausweis, gab dem Herrn die 5000 Mark und entliess ihn unter vielen Verbeugungen.

Unser Hauschauffeur, der sonst immer das Amt hatte, allzu lustige Gäste nach Hause zu bringen, bekam den Auftrag, den Wagen nach der Garage zu fahren.

Aber bald begegnete er einem Wagen der Kriminalpolizei, dessen Insassen den Chauffeur halten liess, verhafteten, den Wagen beschlagnahmten und gleich abschleppten. Unser Chauffeur wusste garnicht, was das alles bedeuten sollte. Erst als er auf dem Polizeipräsidium war, ging ihm ein Licht auf.

Ein Kriminalkommissar schrieb das Protokoll und legte es unserem Chauffeur zur Unterschrift vor. Einwendungen wurden mit der Antwort abgewehrt: "Sie haben garnichts zu sagen, bloss Ihre Unterschrift zu schreiben, verstehn'se?" Lange schrieb seinen Namen unter das Protokoll und wurde jetzt erst vernommen. Nun kam folgendes heraus :

Der abgefeimte Gauner hatte vier Wochen in einem ersten Berliner Hotel gewohnt, natürlich ohne seine Rechnung, die nicht unbeträchtlich war, zu begleichen. "Graf Adolf von der Balden" war in Wirklichkeit der langgesuchte italienische Wechselbetrüger und Hochstapler Ernesto Giradi, der in fast sämtlichen europäischen Hauptstädten Strafkonten hatte.

Giradi hatte vor seinem Autoraub im Garten der Konditorei von Moritz Debrin gesessen, die an den Modesalon von Johanna Marbach grenzt.

Bei Marbach waren gerade Modevorführungen.

Infolgedessen hielten viele Autos vor dem Hause.

Kurz nach drei Uhr fuhr der Wagen eines rheinischen Industriellen vor. Der Chauffeur, der etwas abholen sollte, beging die Unvorsichtigkeit, den Schlüssel stecken zu lassen.

Giradi nahm die Gelegenheit wahr, sprang in den Wagen, fuhr davon und hatte das Glück, den Wagen an den Mann zu bringen: an unseren Chef nämlich.

Und dann ward er nicht mehr in Berlin gesehen.

Ein paar Monate später las ich in einer Zeitung, dass er in Zürich bei einem Hotelraub verhaftet worden ist.

Fortsetzung folgt.

Aus aller Welt

Mädchenhandel, gesetzlich geschützt.

Der "Tänzerinnen"-Transport der Frau Schmeling. Die Polizei müsste warnen.

SPD. Am Mittwoch abend kam es auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin bei der Abfahrt des Hamburger D-Zuges zu stürmischen Auftritten. Zwölf junge Mädchen hatten den Zug bestiegen, um nach Hamburg und von dort nach Südamerika zu fahren, wohin sie eine Frau Schmeling als Tänzerinnen engagiert hatte. Ausser den jungen Mädchen erschienen aber auch deren Angehörige, die die Unternehmerin als Mädchenhändlerin beschimpften. Schliesslich kam es zur Prügelei und die Polizei musste schliesslich eingreifen. Ausserdem wurde eines der Mädchen von seinem zurückgelassenen Liebhaber bestürmt, von der Reise Abstand zu nehmen. Die treulose Geliebte fuhr aber doch mit, während es zwei andere, die bisher noch die Illusion von einem vergnügten, Terpsichore geweihten Leben gehabt haben mögen, mit der Angst bekamen und auskniffen. Endlich liess sich noch ein Vater von der aufgeregten Menge bewegen, seine Tochter einfach mit Gewalt zurückzuhalten.

Der Transport dieser Mädels nach Südamerika ist nicht Frau Schmelings erstes Unternehmen dieser Art. Bereits im vorigen Jahr hat sie einen Schub junger Mädchen als Tänzerinnen nach Amerika verfrachtet. Später hat dann die Berliner Polizei erfahren, dass drüben die Mädchen unter dem Zwang der Verhältnisse sehr rasch einem anderen und unerfreulicheren Berufe zugeführt worden sind. Nicht der Kunst durften sie sich hingeben, sondern nur jenen, die die Nutzniesser ihrer Körper dafür bezahlten. Die Mädchen mussten von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens in den Lokalen herumsitzen, hatten aber selbstverständlich keine Gelegenheit, sich irgendwie künstlerisch zu produzieren. Tanzen durften sie nur mit den oftmals recht unsympathischen Gästen, ausserdem mussten sie sie animieren. Wenn die Mädchen nicht zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber arbeiteten, wurden sie in der gemeinsten Weise beschimpft. Frau Schmelings Töchter waren auch dabei und wurden durchaus nicht besser behandelt als die anderen.

Eine kam zurück, nachdem ihr Frau Schmeling ausnahmsweise das Reisegeld bis Bordeaux gegeben hatte, während sie sich von dort aus auf eigene hohe Rechnung und noch höhere Gefahr durchschlagen musste - diese verlorene und wiedergewonnene Tochter erstattete dann Bericht in Berlin. Frau Schmeling konnte in Berlin belangt, zur Nachzahlung gezwungen, aber nicht bestraft werden. Zunächst hatte sie nichts getan, was irgendwie gegen die gesetzlichen Paragraphen verstossen hätte.

Gewiss waren den jungen Mädchen Verträge vorgelegt worden. Aber diese Verträge waren in spanischer Sprache abgefasst und kein Mädchen, das unterschrieb - und alle unterschrieben leichtgläubig - merkte, dass als Gage nur fünf Papier-Peso pro Tag angegeben waren. Die Verträge wurden der Internationalen Artistenloge vorgelegt, die sie zwar nicht bestätigte, aber doch bestempelte. Auch in diesem Jahr hat die Artistenloge Frau Schmeling, die nicht als Agentin, sondern als Truppenchefin gilt, keinen Stein in den Weg gelegt. Die Artistenloge erklärt, dass sie nichts weiter tun kann, als davor warnen, dass Minderjährige auf solche Tournéen mitgenommen werden. Für alle solche Fälle steht die Artistenloge mit dem Polizeipräsidium in Verbindung. Für die Verhinderung von Vertragsabschlüssen mit grossjährigen Tänzerinnen besteht für die Artistenloge keine Möglichkeit. Ganz offenbar existiert also hier eine Lücke im Gesetz.

Wenn im übrigen die Artistenloge behauptet, dass Frau Schmeling hier nur als Truppenchefin bekannt sei, so steht diese Behauptung im Gegensatz zu der Bekundung des argentinischen Konsulates, wonach Frau Schmeling als die Beauftragte der Firma Clark bekannt ist, die in Bueonos Aires und anderen argentinischen Städten Unterhaltungslokale zweifelhaftesten Rufes besitzt. Die argentinische Regierung tut alles, um den Mädchenhandel auch in seiner verkapptesten Form zu bekämpfen, und aus diesem Grund hat auch das argentinische Generalkonsulat in Berlin bei dem diesmaligen Transport genau so wie beim vorjährigen die Einreiseerlaubnis verweigert. Uruguay scheint in dieser Frage anders zu denken. Der Transport fährt zunächst nach Montevideo. Von dort aus gibt es offenbar andere Möglichkeiten, nach Argentinien zu gelangen. Der argentinische Visumzwang ab Deutschland ist auf diese Weise jedenfalls umgangen.

Zehn Minuten vor Abfahrt des Zuges stehen die Mädchen alle noch auf dem Bahnsteig und man merkt, dass ihnen allen nicht ganz wohl zumute ist. Die dicke Frau Schmeling eilt aufgeregt von Mädchen zu Mädchen und beschwichtigt: "Ganz sicher ist die Sache, und wem es nicht passt, der bekommt dann Geld für die Rückreise." Der Kriminalbeamte steht untätig dabei, erklärt, dass er nur dafür zuständig sei, dass keine Minderjährigen mitfahren, und der Zug dampft aus der Halle.

In Hamburg sieht man die Mädchen zuletzt bei der Ankunft auf dem Hauptbahnhof. Bei den Reedereien, mit deren Schiffen der Trupp fahren könnte, steht die Reisegesellschaft nirgends auf der Passagierliste. Es ist durchaus möglich, dass die Mädchen mit einem der zahlreichen ausländischen Dampfer reisen, die im Hafen liegen.

Es gibt keinen Mädchenhandel? Nein, unmittelbar gibt es wohl kein Gewerbe dieser Art. Auch Frau Schmeling dürfte an ihrer Wohnungstür kein Schild "Lina Schmeling, Mädchenhändlerin" haben. Aber wohl gibt es die indirekte Form des Mädchenhandels, der unter dem Vorwand des Tänzerinnen-Engagements die gesetzlichen Bestimmungen als Schutzmantel um das skrupelloseste Geschäft legt, das selbst im Zeitalter des hemmungslosesten Kapitalismus denkbar ist.

+ + +

Eine 120 jährige Frau in Bukarest. In Bukarest feierte Frau Lina Florea ihren 120. Geburtstag. Als vor etwa 100 Jahren Cuza Voda den rumänischen Thron bestieg, war sie verheiratet und hatte bereits drei Kinder. Heute kann die Hundertzwanzigjährige sich nicht mehr erinnern, in welchem Jahr ihr Mann zu Grabe getragen wurde. Als sie 98 Jahre alt war wurde sie von einer Familie aufgenommen, bei der sie heute noch wohnt und ihr Gnadensbrot isst. Seit dem Jahre 1923 hütet die älteste Einwohnerin der rumänischen Hauptstadt das Bett; vor zwei Jahren erblindete sie. Immerhin hört Frau Florea noch erstaunlich gut und spricht auch sehr deutlich.

+ + +

Prostitution - die Folge der Wirtschaftsnot. Als Ergebnis der äusserst schwierigen Wirtschaftskrise hat die grösste Fabrikstadt Polens, Lodz, in letzter Zeit ein Anwachsen der Zahl der Prostituierten um volle 60 Prozent zu verzeichnen. Es sind dies fast durchweg entlassene Fabrikarbeiterinnen, die erwerbslos geworden, ihre einzige Rettung in der Prostitution sehen. Ein Grossteil der Mädchen ist nicht über 17 Jahre alt.

+ + +

Freitod statt Vatermord. In Küppers bei Seitenberg versuchte der Landwirtssohn Menge seinen Vater bei einem Streit zu erschliessen, verfehlte aber sein Ziel. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödlichen Schuss bei.

+ + +

Zahnarzt-Nadel als Todesursache. Als sich die Tochter einer Bürgerfamilie in Karlsbad, die vor der Hochzeit stand, bei einem Zahnarzt den Nerv töten liess, verschluckte sie die Nadel, die dem Dentisten entfiel, als er sich plötzlich umdrehte. Da das junge Mädchen keine Beschwerden hatte, sah man von einer Operation ab. Später stellte sich Fieber ein und bei einer Operation, die zufriedenstellend verlief, stellte man fest, dass sich die Nadel im Darm festgehakt hatte. Drei Tage nach der Operation verstarb das Mädchen.

+ + +
Gendarmen als Mädchenschänder. Ein furchtbares Verbrechen haben zwei türkische Gendarmen in der kleinen Ortschaft Kemal Pascha im Hinterland von Smyrna begangen. Auf einer wenig begangenen Strasse des Dorfes trafen sie eines abends die Tabakarbeiterin Hawa, stürzten sich auf das Mädchen und vergewaltigten es. Nach der Untat stürzten die Gendarmen das Mädchen in einen Brunnen, wo es mit gebrochenen Beinen liegen blieb. Erst am anderen Morgen wurde das Verbrechen entdeckt. Die Frau kam wieder zu sich und zeigte die beiden Gendarmen an. Beide haben nach anfänglichem Leugnen die Tat gestanden und sehen jetzt ihrer Bestrafung entgegen. Die geschändete Arbeiterin wird zeitlebens lahm bleiben.

+ + +
Kein Freitod Kapitän Dreyers. Die mit dem Motorschiff "Monte Sarmiento" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft zurückgekehrte Mannschaft der in der Maghellanstrasse gesunkenen "Monte Cervantes" berichtet ziemlich übereinstimmend, dass Kapitän Dreyer nicht den Freitod gesucht habe sondern tatsächlich einem Unglück zum Opfer gefallen sei. Er habe im letzten Augenblick, mit der Schwimmweste am Körper, das Schiff zu verlassen versucht, sei aber von dem kenternden Koloss mit in die Tiefe gerissen worden. Die Mannschaft hat ihr Gepäck zum grössten Teil eingebüsst. Die Ausbootung der Passagiere, wird weiter berichtet, habe nur 22 Minuten gedauert.

+ + +
Ein Vizekonsul als Bandenchef. Mit Hilfe der New Yorker Sicherheitsbehörde und der Pariser Kriminalpolizei kam die Warschauer Polizei auf die Spur einer weitverzweigten internationalen Fälscherbande, als deren Haupt, neben 25 anderen Personen, der amerikanische Vizekonsul des Warschauer Konsulates in New York, Harry Hall, verhaftet worden ist. Bereits im Juli vorigen Jahres wurde die erste Spur der Bande, die sich hauptsächlich mit der Fälschung von Einreisepässen nach Amerika beschäftigte, aber auch die Erträge des offenen Mädchenhandels nicht verschmähte, von der polnischen Polizei entdeckt. Als erster Fang glückte die Verhaftung eines gewissen Baskin, bei dem eine Anzahl gefälschter polnischer Pässe und zahlreiche verdächtige Briefe gefunden wurden. Weitere Verhaftungen in polnischen Städten sind zu erwarten, desgleichen in New York, wo bisher sechs Personen festgenommen worden sind.

+ + +
Siebzehn Seeleute ertrunken. In Höhe der zu den Bahamas gehörenden Insel Abaco kenterte in schwerem Sturm die Schaluppe "Pretoria". Drei Mann der Besatzung wurden gerettet, 17 ertranken.

+ + +
Helfershelfer Usonows gefangen. In dem südbulgarischen Städtchen Haskowo konnte die Polizei zwei Helfershelfer der Bande des Räuberhauptmanns Usonow festnehmen, die im letzten Herbst ganz Bulgarien in Atem gehalten hatten. Bei der Durchsuchung des Verstecks der beiden Banditen, die junge Burschen im Alter von 24 und 27 Jahren sind, wurde ein Lager von Karabinern, Revolvern, Bomben und etwa 5000 Patronen aufgefunden. Die Räuber haben gestanden, vor zwei Jahren die vierköpfige Familie eines französischen Ingenieurs ermordet zu haben.



Lohnbewegung der Bauarbeiter.

Kündigung der Lohnstarife durch die Gewerkschaften .

SPD. Vorstand und Beirat des Deutschen Bauwerksbundes haben die Kündigung sämtlicher bezirklichen Lohnstarife im Baugewerbe beschlossen. Dieser Beschluss wurde nach reiflicher Prüfung der Situation auf einer soeben in Berlin stattgefundenen Konferenz des Vorstandes und Beirates gefasst. Die Lage der Bauarbeiter und die Bedeutung der Lohnbewegung im Baugewerbe wurde auf der Tagung von Bernhard, dem Vorsitzenden des Bundes, eingehend besprochen. Bernhard führte aus:

Die Bauarbeiter stehen in der Frühjahrslohnbewegung nicht nur zeitlich in vorderster Linie; sie haben auch den ersten scharfen Hauptstoss des Gegners auszuhalten. Aus einem vertraulichen Schreiben der rheinisch-westfälischen Bauunternehmerverbände geht der Zweck der Kündigungsaktion der Bauunternehmer deutlich hervor: sie wollen selbstverständlich eine Verbesserung der Lohnstarife verhindern. Sie lassen alle Minen springen, um für eine Lohnsenkung Stimmung zu machen.

Wie gewöhnlich, so beeilt sich auch jetzt wieder einmal die kommunistische Presse, dem Unternehmertum zu Hilfe zu eilen, indem sie in den Reihen der Arbeiter Verwirrung zu stiften versucht. Sie behauptet, die Arbeitszeit und die Löhne seien schon im Reichstarifvertrag geregelt und die "sozialfaschistischen Lakaien" in den Gewerkschaften seien nicht gewillt, die Lohnstarife zu kündigen. Das Gegenteil ist richtig. Dass die kommunistische Presse die Bauarbeiter gegen ihre Gewerkschaften aufhetzen will, versteht sich nachgerade von selbst. Heute weiss aber jeder organisierte Arbeiter, der seine Tarifverträge kennt, dass das Gerede der kommunistischen Presse lediglich den Moskauer Quertreibern den Weg ebnen soll, die die Lohnbewegung, wenn man sie gehen liesse von vornherein verpfuschen würden. Die Front der baugewerblichen Arbeiterorganisation steht jedoch erfreulicherweise so fest, dass sie durch Verleumdungen nicht erschüttert werden kann.

Der Front der Unternehmer und der ihr ergebenen Presse stellen die Bauarbeiter ihre fest gefügte Organisation und gute, durchschlagende Argumente entgegen, die für eine Aufbesserung der bestehenden Löhne sprechen. Wie ist die lohnpolitische Situation? Auf der einen Seite stehen die Bauarbeiter. Ihre Lage ist durch die Verteuerung der Lebenshaltung und durch die Schlechterstellung in der Arbeitslosenversicherung beträchtlich heruntergedrückt worden. Auf der andern Seite stehen die Arbeitgeber; sie haben hohe Gewinne in der Bauindustrie gemacht, die für das zurückliegende Jahr einstweilen noch vertuscht werden sollen. So hat z.B. nicht eine Aktiengesellschaft bisher ihre Bilanz veröffentlicht. Bei dem Arbeiter wird der letzte Pfennig von der Lohnsteuer betroffen. Die Unternehmer dagegen haben zum Teil auf Kosten von Reich, Ländern und Gemeinden ihre Baubetriebe bedeutend erweitert. Sie wollen Lohnverbesserungen unmöglich machen und ebenso trotz Nationalisierung ein Sinken der Preise verhindern. Dass eine Erhöhung der Löhne nicht immer ein Steigen der Baukosten bedeutet, zeigt neben dem Bauindex vor allem die Tatsache, dass, gemessen an der Vorkriegszeit, der reine Arbeitslohn im Verhältnis zu den Gesamtkosten des Bauobjekts niedriger steht. Der Sturm gegen die "hohen" Bauarbeiterlöhne richtet

sich nicht nur gegen die Bauarbeiter, sondern gegen das Lohnniveau der Arbeiter überhaupt. Es ist nur der Auftakt zur grossen Offensive des Kapitals gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Fanfaren zu dieser Offensive werden von den Wirtschaftspessimisten geblasen. Die Bauarbeiterschaft lässt sich jedoch nicht graulich machen. Sie lässt sich nicht einschüchtern. Nach ihrer Auffassung rechtfertigt der Stand der deutschen Wirtschaft immer noch die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeiterlöhne und aus dieser Erkenntnis heraus haben die Bauarbeiterorganisationen die Lohntarife gekündigt. Die Lohnbewegung im Baugewerbe wird auf der Grundlage des bis zum 31. März 1931 geltenden Reichstarifvertrages geführt. Diese Grundlage bietet den Gewerkschaften genügend Möglichkeiten und Mittel, um jeder Scharfmacherei des Bauunternehmertums Einhalt gebieten zu können.

Neben der Lohnfrage beschäftigte sich die Beiratskonferenz auch noch mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, die infolge der Arbeitslosigkeit immer brennender wird. Die Stellungnahme der Konferenz lautet im wesentlichen folgendermassen: es geht nicht an, dass durch die Rationalisierung des Wirtschaftslebens Millionen von Arbeitern zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit muss daher sobald als möglich auf die Tagesordnung aller Tarifvertragsverhandlungen und der Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften gestellt werden. Schon jetzt aber müssen die Arbeiter aufgerufen werden, jede Ueberstundenarbeit zu verweigern. Durch solidarisches Handeln muss der künftigen gesetzgeberischen und tarifvertraglichen Arbeit der Weg zu einer Regelung der Arbeitszeit geebnet werden, die allen Volksgenossen Verdienstmöglichkeit gibt.

SPD. Danzig, 27. Februar (Eig. Ber.)

Das Danziger Betriebsrätegesetz, das bis auf kleine, den Danziger Verhältnissen angepasste, Abänderungen dem deutschen B.R.G. entspricht und seit dem 15. September 1928 in Kraft war, wurde vom Landgericht für verfassungswidrig erklärt. Es sah genau wie das deutsche Gesetz die Bildung von gemeinsamen Betriebsräten für Arbeiter und Angestellte vor. Reaktionäre Arbeitgeber nahmen daran anstoss. Sie riefen unter Hinweis auf Art. 115 der Danziger Verfassung, worin von getrennt zu bildenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen die Rede ist, das Gericht an. Doch das Landgericht trat ihrer Ansicht bei und erklärte neun Paragraphen des Gesetzes, die von der gemeinsamen Betriebsvertretung handeln, für verfassungswidrig. Nun wird sich das Danziger Obergericht als letzte Instanz mit dem Streitfall zu befassen haben. Tritt auch diese Instanz dem Urteil des Landgerichts bei, dann werden die Angestellten die Leidtragenden sein, da sie in vielen Betrieben nicht genügend stark vertreten sind, um einen eigenen Ausschuss bilden zu können.

Der Sturmbock der reaktionären Arbeitgeber ist der deutsch-nationale Abgeordnete Karkutsch. Bei ihm können sich seine Parteifreunde im Deutsch-nationalen Handelsgehilfen-Verband, der bisher in seiner parlamentarischen Vertretung für das Gesetz eintrat, für die Verkürzung ihrer Rechte bedanken.

Das Urteil des Landgerichts hat in der Danziger Bevölkerung das grösste Aufsehen hervorgerufen.

SPD. Der Spatz in der Hand ist mehr wert als die Taube auf dem Dach. Das vergessen gewisse Kritiker in den Reihen der christlichen Gewerkschaften, denen die Arbeitnehmerbeteiligung in dem Entwurf für das preussische Landwirtschaftskommerngesetz nicht genügt. Besonders unzufrieden ist Herr Herschel. Ihm ist die sozialdemokratische Arbeiterpresse viel zu bescheiden. Er fragt: "Ist es

praktisch, unter Zustimmung der Arbeitnehmer einen Präzedenzfall zu schaffen, in dem das in Weimar feierlich verankerte Prinzip der Parität zugunsten des Unternehmers auf das Ärgste durchbrochen wird? Ist es praktisch, sich mit höchstens einem Drittel Arbeitnehmerbeteiligung abzufinden? Ist es praktisch, das "rundrecht" der Parität gegen das Linsengericht der Drittelung zu verkaufen, und damit für absehbare Zeit den Weg für paritätische Wirtschaftsräte zu verbauen? Ist es nicht praktischer, lieber der Kammer fernzubleiben, als sich mit dem unwürdigen Geschenk des gedrittelten Butterbrottes beruhigen zu lassen?"

Das alles klingt ja recht mutig. Ob aber die hier empfohlene Taktik wirklich praktisch ist, erscheint uns zweifelhaft. Auch die Sozialdemokraten der preussischen Regierung haben ganz gewiss ebenso wie die freiorganisierten Landarbeiter nichts dagegen, wenn der Arbeitnehmereinfluss in den Landwirtschaftskammern gesteigert werden kann. Aber wie steht's mit der Möglichkeit dazu? Die christlichen Kritiker irren sich bei ihren Angriffen in der Adresse. Wenn die christlichen Agrarier für die Parität zu haben wären, könnte man vielleicht sehr schnell von der Drittelung loskommen. Da haperts jedoch. Mit dem Grundsatz: Alles oder Nichts ist den Landarbeitern nicht gedient.

SPD. Der Tonfilm beschäftigt bereits die Arbeitsgerichte. Als er aufkam, riss man sich um gute Musiker, die auch als Schauspieler auftreten können. Die "Tobis" hatte sich deshalb für die Rolle des Paganini rechtzeitig den Geiger Weissgerber gesichert, der dem grossen Geigenkünstler ähnlich sieht. Sein Honorar pro Spieltag betrug 750 Mark. Während der Film gedreht wurde, entdeckte die Tobis plötzlich, dass man eigentlich einen so teuren Mann wie Herrn Weissgerber nur für die klingenden Teile des Films zu verwenden braucht; sie beschaffte sich deshalb einen sogenannten "Double", d. h. einen Statisten, der in der Maske Weissgerber=Paganini für billiges Geld die stummen Partien spielte. Weissgerber klagte auf Zahlung der Spieltage, an denen er nicht verwendet wurde, und auf Schadensersatz für geschädigtes Renommé.

Das Berliner Arbeitsgericht suchte in seiner soeben getroffenen Entscheidung den beiden Parteien gerecht zu werden. Es sprach dem Geiger das Honorar auch für die Spieltage zu, an denen ein Statist an seiner Stelle verwendet wurde. Der Tonfilmfirma wurde das Recht zuerkannt, unter der Flagge berühmter Stars sogenannte Doubles arbeiten zu lassen, doch darf dabei der Anspruch des Künstlers auf ungetrübte Wiedergabe seiner Leistungen nicht verletzt werden; das Recht der Firma, Ersatzleute zu stellen, habe in den "Persönlichkeitsrechten des Schauspielers" seine Grenzen.-

Ein salomonisches Urteil ist das sicherlich nicht. Es öffnet neuen Streitigkeiten Tür und Tor.

SPD. In der tschechoslowakischen Textilindustrie herrscht Konfliktstimmung. Die Textilarbeiterverbände haben dieser Tage in Prag zur Lohnfrage Stellung genommen und ihre Lohnkommission beauftragt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Textilindustriellen zur Anerkennung der Minimallohnsätze zu zwingen. Die Situation ist sehr ernst, vor allem in Ostböhmen, wo die Fabrikanten den Webern die Teuerungsausshilfe um die Hälfte kürzen wollen.

Wirtschaft Technik Handel

Schwarzmalerei in Zement.

Wirtschaftspessimismus - der vorgeschriebene Tagungsanzug.

SPD. Der Deutsche Zementbund hatte seine diesjährige Werkbesitzerversammlung für Donnerstag nach dem Berliner Esplanadehotel, dem Haushotel des verstorbenen Hugo Stinnes, einberufen. Man geht mit dem Gefühl zu der Tagung, hier unter Leute zu kommen, denen es immerhin gut geht:

Da ist die Zementfabrik Hemmoor. Sie verteilte im vorletzten Jahr 15 % Dividende. Dann gab sie ihren Aktionären Gratisaktien im Nominalwert von 1,2 Millionen Mark (fast 1/3 des gesamten Aktienkapitals). Für das verflossene Jahr wurden wieder 15 % ausgeschüttet. Das bedeutet eine zusätzliche Dividende auf Grund der Gratisaktien im Gesamtwert von 190 000 Mark. Hemmoor ist kein Sonderfall. Wir erinnern uns nur der glücklichen Aktionäre von Hemmoor, weil die Hemmoorbilanz die letzte veröffentlichte Zementbilanz ist. Dieser Industrie geht es nicht schlecht. Sie hat rationalisiert, eine beispielsweise gesteigerte Arbeitsleistung pro Kopf erzielt. Sie hat genügend hohe Zölle, um die Preise im Inland unerhört hoch zu halten. Aussenseiter werden durch eine geschlossene Kartellierung abgewehrt und wo es zum Kampf kommt, haben die Zementkartelle immer genügend Mittel gehabt, gefährlich werdende Aussenseiter auszukaufen oder zu Tode zu konkurrieren. Die Kartellgeschichte des Zementbundes ist gerade keine appetitliche Angelegenheit. Aber sie hat sich gelohnt, wie das Beispiel von Hemmoor zeigt. Auf der Tagung am Donnerstag liess auch der Hauptreferent Bau- rat Dr. Riepert vom Reichsverband der deutschen Industrie keinen Zweifel darüber überdass man unter allen Umständen an der Kartellierung festhalten werde. Sie sei eine Notwendigkeit und "liege im Interesse der Allgemeinheit".

Auf der Tagung des Zementbundes bekam man aber alles andere als Optimismus zu hören. Herr Riepert betonte, dass die Werkbesitzer notgedrungen die Zukunft der Rentabilität nicht rosig ansehen könnten. Dabei hat sich der Zementabsatz auch im verflossenen Jahr, wenn er auch infolge der geringeren Bautätigkeit um einige 10 000 Tonnen zurückging, auf Rekordhöhe gehalten. Besonders grau in grau malte aber Dr. Averbeck. Er verglich die Tätigkeit des deutschen Unternehmers - der nach Averbeck "unter Auswertung seiner Bildung, seiner Erfahrungen und seines Charakters auf Grund eines gewissen Ausleseverfahrens auf seinen Posten gestellt wird, das sich vielleicht wesentlich von anderen unterscheidet, die seit der Revolution sonst zunehmend Anwendung finden" - mit der Arbeit des Sisyphos, der den Stein, der immer wieder den Berg herunterfällt, den Berg deshalb heraufwälzen muss, weil dies eine Strafe der Götter sein soll. Der deutsche Unternehmer hätte aber das furchtbare Geschick des Sisyphos nicht verdient und die, die den Stein immer wieder herunterrollen liessen, seien gewiss keine Götter. Dr. Averbeck denkt dabei an die Kapitalsneubildung der Unternehmer und meint, dem Unternehmer müsse das Gefühl kommen, nächstens "den ganzen Krepel hinzuschmeissen". Grau in grau gemalt! Der Wirtschaftspessimismus scheint seit einigen Wochen in Deutschland der vorgeschriebene Anzug für öffentliche Tagungen zu sein. Dr. Averbeck ist uns aber den Beweis schuldig geblieben, was dem nun eigentlich diesen Pessimismus berechtigt. Er kritisiert wohl die Kartellgesetzgebung und bezeichnete das "sogenannte Kartellgesetz" als Ausnahmegesetz. Die Herren aus den Zementverbänden, die mit den durch das

Gesetz geschaffenen Stellen zu tun gehabt hätten, seien von diesen "miserabel behandelt" worden. Soweit wir unterrichtet sind, war das Reichswirtschaftsministerium schon öfter gezwungen, Preis- und Kartellpolitik der Zementverbände zu bemängeln. Wir wissen aber nur, dass das Reichswirtschaftsministerium dabei immer den kürzeren gezogen hat. Das ist eine "miserable" Behandlung, die man sich auf jeden Fall gefallen lassen kann.

Das deutsche Unternehmertum macht sei Wochen aus irgendwelchen Absichten heraus in Wirtschaftspessimismus. Nun steht wohl fest, dass es einer ganzen Reihe von Industriezweigen in Deutschland bei weitem nicht so gut geht wie der Zementindustrie. Deshalb sollte diese den Teufel nicht an die Wand malen. Das Heer der Arbeitslosen, das sich nicht vermindern will, drückt auf die Kaufkraft. Die Produktion ist in den letzten Wochen stark zurückgegangen. Eine Kräftigung derselben von der Seite der Lohnerhöhungen her erscheint ausgeschlossen; sie sind seit ungefähr $1\frac{1}{2}$ Jahren so gut wie gestoppt. Auf dem Baumarkt wird es demnächst nicht erhebend aussehen. Neubauwohnungen stehen bereits leer, weil die breiten Massen die Miete nicht erschwingen können. Wie weit sind wir noch von dem Augenblick entfernt, wo das, von dem am Donnerstag die Herren Riepert und Averbäck fabelten, Wirklichkeit ist? Anstatt des Theaters in Werkbesitzerver-sammlungen wäre eine aktive Konjunkturpolitik, wäre grösste Kaufkraftstärkung notwendig. Stattdessen wurde am Donnerstag im Zementbund die Steigerung der Altmieten bis auf 150 % empfohlen, selbstverständlich zu Gunsten der Hausbesitzer: der jetzt zur Befriedigung des Staatsbedarfs dienende Teil der Hauszinssteuer sei abzubauen. Die Konfusion in den deutschen Unternehmerkreisen ist, wie die Zementbundtagung zeigt, ein wenig gross.

+ + +

Es hätte was gefehlt, wenn nicht Herr Abraham Frowein vom Reichsverband der deutschen Industrie - derselbe Abraham, der neulich sein Urgermanentum und Urchristentum gegen die Hitlerbuben verteidigen musste - auf dieser merkwürdigen Tagung im Esplanadehotel das Wort ergriffen hätte. Abraham Frowein setzt sich für die Kräftigung des Inlandsmarktes ein. Lohnerhöhungen lehnt er aber ab und für Preissenkungen ist er und seinesgleichen nicht zu haben. Darum empfiehlt er weiter "Steigerung der Exportmöglichkeiten durch Hebung der Lebenshaltung der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung". Wir nehmen das zur Kenntnis. Und somit kann man wohl über den neuen Apostel aus dem Wuppertal zur Tagesordnung übergehen. Man hat gerade für's erste in Deutschland Gelegenheit genug, Lebenshaltung zu steigern.

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine e.V., Sitz Dresden, hat in einer Denkschrift an den Reichstag und die Reichsregierung zu den gegenwärtigen Beratungen über die Verlängerung des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes Stellung genommen. In der Forderung wird u.a. darauf hingewiesen, dass auch namhafte Organisationen des Handels und Gewerbes für die Beibehaltung des Mieterschutzes für Geschäftsräume eintreten. Die Forderungen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hätten deutlich gezeigt, dass massgebende Wirtschaftskreise eine andere Stellung zum Mieterschutz einnehmen, als es von den Organisationen des Hausbesitzes und den Handels- und Gewerbekammern darzustellen versucht werden. Neben diesen Handels- und Gewerbegruppen hätten aber auch die Beamten-, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften sämtlicher Richtungen die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes gefordert. Solange das Angebot an Wohnraum die Nachfrage nicht übersteige, seien irgendwelche Lockerungen des jetzigen Rechtszustandes für unsere Volkswirtschaft untragbar. Die im Reichstag gestellten Anträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf nahezu völlige Aufhebung des Mieterschutzes und Erhöhung der Miete ab 1.4.1930 auf mindestens 185 % der Friedensmiete, seien für die Wirtschaft und die Mieterschaft völlig untragbar.

Angesichts der Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft erwarte die Mieterschaft von dem Reichstage entsprechend der Vorlage der Reichsregierung die unveränderte Verlängerung des geltenden Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes bis zum 30. Juni 1932.

SPD. Dem Reichstag ist am Donnerstag der Nachtragsetat für das Jahr 1929 in seiner endgültigen Fassung zugegangen, nachdem das Kabinett den vom Reichsrat vorgenommenen Veränderungen zugestimmt hat. Auf der Ausgabenseite ist wichtig, dass die 222 Millionen, die nachträglich für die Arbeitslosenversicherung im Etatjahr 1929 gebraucht werden, vom ausserordentlichen in den ordentlichen Etat übernommen worden sind. Diese Uebernahme entspricht auch der wirklichen Sachlage. Denn mit den Zahlungen an die Arbeitslosenversicherung kann nicht gewartet werden, bis das Reich einen entsprechenden Anleihebetrag erhalten hat; sie müssen aus ordentlichen Haushaltsmitteln geleistet werden. Ausserdem hat sich der Versorgungsetat im Nachtrag um 21,5 auf 59,5 Millionen gegenüber der Reichsratsvorlage erhöht. Daneben sind in einige Einzelpläne noch zusätzliche Ausgaben eingestellt worden, z. b. in den Etat des Wirtschaftsministeriums ein einmaliger Zuschuss von 400 000 Mark für die Leipziger Messe.

Durch den Nachtragsetat entsteht die Notwendigkeit zu Neuausgaben von 611 Millionen im Etatjahr 1929. Auf der Einnahmeseite kommen 244 Millionen an Steuern usw. weniger ein, sodass nach Abzug eines Mehraufkommens an Verwaltungseinnahmen 851 Millionen im ordentlichen Haushalt zu decken bleiben. Zur Deckung stehen durch die Annahme des neuen Planes (Youngabkommen) 614 Millionen zur Verfügung. Es verbleibt also im ordentlichen Haushalt ein ungedeckter Fehlbetrag in Höhe von 237 Millionen. Im ausserordentlichen Haushalt entsteht dazu noch eine Mehrausgabe von rund 50 Millionen, um die die Anleihermächtigung erhöht werden soll.

SPD. Auf der Jahreskonferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschussmitglieder des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter in Saarbrücken behandelte Dr. Berger=Bochum die Lage der Weltkohlenwirtschaft. Die gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten seien, so führte Berger aus, nicht nur auf den Rückgang des Hausbrandverbrauches infolge des milden Winters zurückzuführen, sondern stelle eine besonders aktuelle Erscheinungsform der internationalen Kohlenkrise dar, die ihren Ursprung in einer ungesunden Uebersteigerung der Förderungsmöglichkeiten hat. Die jahreszeitlichen Absatzschwankungen wirkten sich deshalb im Kohlenbergbau mit einer umso grösseren Intensität aus, weil der Absatzapparat nicht genügend anpassungsfähig sei, um die Bedarfsstösse zu mildern. Daher komme es, dass Marktabschwächungen sich unmittelbar auf die Arbeiter in Form von Feierschichten und Entlassungen auswirken, während Marktbesserung, wie sie beispielsweise 1929 zu verzeichnen war, nur sehr bedingt und erst nach langwierigen Auseinandersetzungen einen Vorteil für die Arbeiterschaft bringen. Eine aktive Konjunkturpolitik habe immer die von den Bergarbeitern erstrebte internationale Marktregulierung zur Voraussetzung. Aus der Abneigung der Unternehmer, an diesem auch von ihnen gewünschten Ziele mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten, sei eine bedauerliche Zersplitterung der internationalen Verständigungsversuche entstanden, wie das kürzlich abgeschlossene polnisch-englische Kohlenabkommen zeigt. Derartige Teillösungen, bei denen wahrscheinlich auch die Furcht vor einer möglichen Mitbeteiligung der Bergarbeiter mitspricht, dürfte den Fortschritt des Kohlenbergbaus mehr hemmen als fördern und seien geeignet, einen unkontrollierbaren, gefährlichen und unrentbalen Wirrwarr anzurichten. Nur im Einklang mit den beteiligten wirtschaftlichen und sozialen

Kräften sei eine auf die Dauer erspriessliche Gemeinschaftsarbeit der Kohlenländer zu erreichen.

Hinsichtlich der Genfer Kohlenkonferenz, deren Arbeiten bekanntlich auf der Allgemeinen Arbeitskonferenz im Juni 1930 fortgesetzt werden, brachte Berger zum Ausdruck, dass die Gesundung des europäischen Bergbaus eine leistungswillige Arbeiterschaft erfordere und ein Scheitern der Bemühungen zur Herabsetzung der bergbaulichen Arbeitszeit den Keim neuer sozialer Erschütterungen mit ihren verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen in sich trage. Allerdings müsse sich die Arbeiterschaft darüber klar sein, dass sie von Genf nicht mehr erwarten dürfe als was sie sich im eigenen Lande durchzukämpfen zutrauen könne. Praktische internationale Gewerkschaftsarbeit beginne zu Hause.

SPD. Die Spareinlagen bei den preussischen Sparkassen haben sich von 4 347,9 Millionen Mark Ende 1928 auf 5 497,4 Millionen Mark Ende 1929 erhöht. Der Spareinlagenzuwachs ist also von 1 371,1 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 1 149,5 Millionen Mark im Jahre 1929 zurückgegangen. Hier spielen die schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse eine Rolle, ausserdem die mit den Pariser Reparationsverhandlungen einsetzende und durch die Hugenberghetze geförderte Bänruhuigung der Spärserschaft eine Rolle. Die Anlage der Spareinlagen hat wesentliche Veränderungen erfahren. So haben sich die langfristigen Hypothekendarlehen um fast 600 Millionen Mark auf 2 329 Millionen Mark erhöht. Die kurzfristigen Darlehen sind mit 1 480 Millionen Mark fast gleichgeblieben. Die Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften erhöhten sich von 664 Millionen auf 996 Millionen Mark.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(27. Februar).

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen : Weisse 1,70 bis 2.-, Rote und Odenwälder Blaue 1,80 bis 2,20, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,50 bis 2,80, Nierenkartoffeln 3,70 bis 4,10, Fabrikkartoffeln $7\frac{3}{4}$ bis $8\frac{3}{4}$ Pfennige je Stärkeprozent.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin 15 Pfennige ab 28. Februar. (unverändert). Zuschlag für tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete 1 - 2,25 Pfennige.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 27. Februar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

Weizen fester.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag für Weizen etwas festere Stimmung, die sich allerdings in der Hauptsache nur im Handel, mit effektiver Ware bemerkbar machte. Infolge geringfügigen Angebots vom Inlande und erhöhter Auslandsforderungen konnten die Preise um ca. eine Mark anziehen. Am Roggenmarkt hat sich nichts geändert. Das Angebot vliebwagentenware, sehr reichlich und wurde zu unveränderten Preisen von den Stützungsstellen aufgenommen. Mehl beider Sorten war unverändert offeriert und fand nur sehr geringes Kaufinteresse. Auch Hafer hatte recht stilles Geschäft.

	26. Februar (ab märkische Station in Mark)	27. Februar
Weizen	225 - 228	226 - 229
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	123 - 131	121 - 130
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,00 - 34,25	27,00 - 34,25
Roggenmehl	20,50 - 24,00	20,25 - 24,00
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 231½, Mai 249¼ bis 248¼, Juli 258 - 257¼. Roggen März 165 - 162, Mai 169 - 169¼, Juli 169 bis 168¼. Hafer März 128 - 127 und Geld, Mai 136 - 135½ Brief, Juli 141 und Brief.

Amtliche Eiernotierung.

(27. Februar).

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 13½, Kl. A 60 Gr. 11½, Kl. B. 53 Gr. 10½, Kl. C. 48 Gr. 8 - 8½, frischer Eier, Kl. B. 53 Gr. 9 bis 10, aussortierte kleine und Schmutzeier 6½. Auslandseier: Dänen 18er 13 - 13½, 17er 12½, Holländer, Durchschnittsgewicht 68 Gr. 13, 60 - 62 Gr. 11 - 12½, 57 - 58 Gr. 10½, Rumänen 7½ - 8, Ungarn 7¾ - 8¾, Jugoslawen 7½, Polen, normale 7, kleine, Mittel- Schmutzeier 6 - 6½, In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 8½, grosse 7½, normale 6 - 6½, Chinesen und ähnliche 5½ - 7; Kalk-
eier: - .

Wetter: schön. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 16.

Berlin, den 27. Februar 1930.

Eine Freundin der Arbeiterinnen.^x

SPD. In diesem Jahre wäre Elisabeth Gnauck-Kühne 80 Jahre alt geworden. Als sie vor dreizehn Jahren starb, wurden ihr von allen Parteien, allen Konfessionen ehrende Nachrufe gewidmet, und sie wurde als die grosse Frau gepriesen, die immer ihre Aufgabe darin gesehen habe, "Brücke zu sein". - "Wir sind nicht besser, aber wir haben es besser." Aus dieser Erkenntnis heraus galt die Hauptarbeit ihres Lebens den gedrücktesten ihres Geschlechts, den Arbeiterinnen. Die Kluft zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung bestand für Elisabeth Gnauck-Kühne nicht. Sie sah im gesamten Frauengeschlecht eine Einheit mit einem Doppelgesicht.

Diese Frau, eine Braunschweigerin, hatte in Blankenburg im Harz eine Erziehungsanstalt geleitet und von ihren Schülerinnen den schönen Beinamen "Die Gerechte" erhalten. Nach kurzer, sehr unglücklicher Ehe erweiterte sie ihren Wirkungskreis. Sie studierte Volkswirtschaft und gewann sich die Freundschaft Schmollers und Wagners. Als erste deutsche Frau erwirkte sie sich die Erlaubnis zum Universitätsbesuch in Berlin. Gemeinsam mit dem sozialistischen Volkswirtschaftler Professor Sinzheimer besuchte sie Schmollers staatswissenschaftliches Seminar und gehörte mit ihm eine Weile Naumanns nationalsozialer Partei an. Eine ihrer ersten Abhandlungen behandelt die "Ursachen und Ziele der Frauenbewegung". Die statistischen Ermittlungen dieser "ersten deutschen Sozialpolitikerin in modernem Sinn" erwiesen auf Grund des Zahlenmaterials die Unhaltbarkeit der Behauptung, die Frau gehöre ins Haus. Frau Gnauck-Kühne ging an die schwerwiegenden Probleme heran vom christlich-sozialen Standpunkt aus. Aber da sie stets "Brücke" war, gewann sie sich auch die Hochachtung und Freundschaft einer Reihe von Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten.

Auf dem Erfurter Parteitag 1891 forderte die Sozialdemokratische Partei "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen," ferner auf der Grundlage des Achtstundentages eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung. In dieser Zeit regten sich auch die bürgerlichen Frauen. Die radikale Richtung sammelte sich mit der Forderung politischer Gleichstellung um Minna Cauer. Helene Lange gründete den "Bund deutscher Frauenvereine", Elisabeth Gnauck-Kühne die evangelisch-soziale Frauengruppe. Besondere Unterstützung fand sie dabei von dem späteren Sozialdemokraten Paul Göhre. Er nannte sie "die Führerin der deutschen Frauenbewegung, die die kühnsten Ideale zu verwirklichen sucht, mit lebenswürdigster und zartester Weiblichkeit". Die persönliche Freundschaft der Beiden blieb auch bestehen, als ihre politischen Wege sich schieden.

Im März 1895 sprach Elisabeth Gnauck als erste Frau vor dem evangelisch-sozialen Kongress über "Die soziale Lage der Frau". Trotz heftiger Gegenströmung war dieser Vortrag ein durchschlagender, geradezu überwältigender Erfolg. Ja, es hiess, dass es für die Männer beschämend war, wie die Stimmung des Kongresses entscheidend von dieser Frau beherrscht wurde. Auf der anderen Seite verband herzliche Sympathie sie mit Klara Zetkin. "Die kenntnisreiche, treffliche Frau Gnauck" schreibt die "Gleichheit" 1897. Der Vortrag über die "Soziale Lage der Frau" schlug starke Breschen in die Welt der Vorurteile.

Nun setzt das Leben dieser Frau "zwischen den Klassen" ein. Um ihre sozialen Studien gründlich durchführen zu können, wurde Elisabeth Arbeiterin in einer Kartonfabrik. Die Anregung dazu gab ihr Göhre's Buch "Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche". - "Es steckt ein Stück Zeit- und Kulturgeschichte darin, dass die Tochter eines englischen Eisenbahnkönigs (Beatrice Webb), die Tochter eines Korvettenkapitäns (Oda Olberg), die Tochter eines Rittergutsbesitzers (Gertrud Dyhrenfurt), die Tochter eines Staatsanwalts (Elisabeth Gnauck-Kühne), schliesslich die Tochter eines Generals (Lili Braun) ihre Laufbahn mit der Arbeiterinnenfrage begannen," schrieb der "Vorwärts".

Elisabeth gewann sich die Freundschaft und Verehrung des sozialdemokratischen Redakteurs Wittrich. Sie trat Johannes Timm nahe, und Dr. Adolf Braun schrieb von ihr: "Die von mir über alle andern Frauen gestellte Frau". Sie hatte über die Lage der Arbeiterinnen gesprochen und war gefragt worden: "Woher wissen Sie das?" Nun wollte sie nicht länger theoretisch urteilen. Sie bezog eine Stube in Berlin S.O. und wanderte acht Tage lang von Kontor zu Kontor, um Arbeit in der Papierindustrie zu finden. So lernte sie den furchtbaren Begriff "Arbeitslosigkeit" kennen. "In der grossen Stadt arbeitslos und ohne Rückhalt zu sein, einem Sandkorn gleichen, das achtlos zertreten wird, dabei die zunehmende Schwäche fühlen, die der Hunger im Gefolge hat - das ist eine Prüfung, welche nur das charaktervolle Mädchen besteht." Schliesslich wurde sie Lehrmädchen in einer Cartonfabrik, wo sie 14 Tage umsonst arbeiten sollte, aber mit der Aussicht, später 3 bis 4 Mark wöchentlich als Stücklohnarbeiterin zu verdienen. Auf diese Weise lernte sie viele Misstände kennen, auf deren Abhilfe sie dann nachdrucksvoll dringen konnte. Sie lernte auch die Psyche ihrer Kollegen und Kolleginnen in der Fabrik kennen und kam zu der Erkenntnis: "Das Volk ist das, wozu die führenden Stände es durch Wort, Schrift und Beispiel gemacht haben!" Natürlichkeit und ungekünstelte Teilnahme, die Grundlage jedes wirklich wohltuenden Verkehrs, machte ihr den Umgang mit ihren Arbeitsgenossen leicht. Das Resultat dieser Zeit in der Fabrik war die Studie "Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierindustrie", in der sie den Kampf um Arbeiterinnenschutz im einzelnen aufnahm. Immer ging sie davon aus, man müsse den Arbeiterinnen helfen, sich selbst zu helfen. Am aktivsten griff Elisabeth Gnauck ein bei dem grossen Konfektionsarbeiterstreik 1896. "Eine bürgerliche Arbeiterfreundin" nannte sie damals der "Vorwärts".

Als diese Frau dann aus schwerem innerem Erleben und tiefster Überzeugung heraus zum Katholizismus übertrat, wandten sich ihre bisherigen Freunde nicht von ihr ab. Ihr letztes Werk "Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende" erschien 1902. "Eine prächtige, warmherzige Darstellung bei voller wissenschaftlicher Beherrschung des Stoffes", schreibt der bekannte Volkswirtschaftliche, Professor Franz Oppenheimer über dieses Buch, und er rühmt, wie die Verfasserin es versteht, der Dürre statistischer Zahlen so viele lebendige und interessante Aufschlüsse zu geben.

Am 12. April 1917 verschied Elisabeth Gnauck-Kühne. Ihre letzte Arbeit war der Ausbau der Kriegshinterbliebenenfürsorge. Sie wurde in ihrem geliebten Blankenburg beigesetzt. Auch ihr Grab ist eine "Brücke". Es liegt zwischen dem Erbbegräbnis eines reichen Mannes und den Armeleutegräbern. Unzählige ehrenvolle Nachrufe wurden Elisabeth Gnauck-Kühne gewidmet. Das schönste Denkmal hat ihr ihre treue Freundin und Mitarbeiterin, die sozialdemokratische Nationalökonomin Dr. h.c. Helene Simon, gesetzt in den beiden Bänden der Biographie "Eine Pilgerfahrt" und "Heimat" (Volksvereins-Verlag, München-Gladbach),
Anna Bloss.

SPD. Die besorgte Schwiegermutter.^x Benjamin Franklins Schwiegermutter hatte schwere Bedenken gegen die Heirat ihrer Tochter. Der Buchdruckerberuf, sagte sie, habe keine Zukunft. Es gebe schon zwei Druckereien in den Vereinigten Staaten von Amerika, und es erscheine noch sehr unbestimmt, ob noch eine dritte existieren könne.....

Seine Majestät das Kind.^x

SPD. Manchmal, so wird erzählt, bekommen gezähmte Elefanten, die sonst unter ihrem Kornak brav ihre Arbeit un, einen Koller und fangen an, Amok zu laufen. Man kann sich denken, dass so ein Dickhäuter, wenn er einmal angekurbelt ist und den dritten Gang eingeschaltet hat, auf seinem beschleunigten Spaziergang einige Sachbeschädigungen hinterlässt. Die Eingeborenenhäuser in Indien sind meistens so gebaut, dass sie bei einem Zusammenstoss mit einem wild gewordenen Elefanten nicht als Sieger hervorgehen, und deshalb flüchtet alles in die weiteste Weite, wenn solch ein Bursche mit gellendem Trompeten die Strasse entlang rast. Starke Männer zittern in ihren Stiefeln, sofern sie welche anhaben, und ein beschleunigter Kurzstreckenlauf wird in solchem Fall für nützlicher gehalten als die sachgemässe Handhabung einer grosskalibrigen Büchse. Es soll nur ein Mittel geben, einen rasenden Elefanten zu besänftigen: man stellt ein kleines Kind mitten auf die Strasse. Ich möchte ja dieses Kind nicht sein, aber, wie gesagt, der Elefant soll Kindern nichts tun, sondern Vernunft annehmen und sich von ihnen beruhigen lassen. Es ist mir immer schwer gefallen, das zu glauben.

Freilich ist Indien ein merkwürdiges Land. Da sind zum Beispiel die Wolfskinder. Das sind nicht etwa die vierbeinigen Kinder einer Wölfin, sondern Menschenkinder, die im zartesten Alter, wenn ihre Mutter auf dem Felde arbeitete und das Kleine abseits auf die Erde gelegt hatte, von Wölfen geraubt und in die Höhle geschleppt worden sind, nicht, um dort gefressen, sondern um mit den jungen Wölfen grossgezogen zu werden. Alle paar Jahre taucht auch in ernsthaftesten Zeitungen des Indischen Kaiserreiches eine solche Wolfskindergeschichte auf, und ehrenwerte, wahrheitsliebende Männer verbürgen sich dafür, dass man wirklich Wolfskinder jahrelang später im Dschungel gefangen habe, - auf allen vieren sollen sie herumlaufen, unartikulierte Laute bellen und die Zähne fletschen, wenn ein Mensch sich ihnen nähert. Die Wissenschaft, die sonst für alles eine mehr oder minder wortreiche Erklärung hat, vermochte bisher die Frage nicht zu beantworten, warum Wölfe manchmal zweibeinige Adoptivkinder grossziehen, anstatt sie auf ihre Speisekarte zu setzen. Haben Kinder wirklich so etwas Versöhnliches an sich? -

Maud war zwei Jahre alt und ebenso leicht festzuhalten wie Quecksilber. Eben war sie noch bei der Muhkuh im Stall, und im nächsten Augenblick musste man sie am Rockzipfel festhalten, damit sie nicht in die Dreschmaschine geriet. Wenn sie auf ihrer Matratze unter der grossen Buche sanft eingeschlafen war, konnte man sie fünf Minuten später verzweifelt brüllen hören, weil sie auf einem Spaziergang mit den Enten im flachen Teiche nasse Füsse bekommen hatte. Die Beaufsichtigung dieses kleinen Lebewesens war wirklich kein restloses Vergnügen.

Eines Tages war Maud verschwunden. Über eine Stunde suchte man auf dem Gut Hof und weit darüber hinaus. Zu allem Überfluss waren in diesen Tagen viele Zigeuner durch die Gegend gezogen, und die Frauenspersonen erzählten sich schon unheimliche Schauergeschichten von geraubten Kindern. Endlich kam der Hüttenjunge und berichtete -- er war blass unter seiner Schmutzkruste --, dass Maud bei Nero in der Hütte sässe. Nero war eine lebenswürdige Ulmer Dogge, ein Kerl, so gross, dass es mir niemand glauben würde, wenn ich sagen wollte, wie gross er war. Nachdem er mehrere Ketten durchgerissen hatte, musste der Schmied extra eine für ihn anfertigen. Nero war so zutunlich, dass man ihm den Fressnapf nur mit Hilfe einer langen Stange zuschieben konnte. Ein bengalischer Tiger als Hofhund wäre harmloser gewesen, und jedesmal, wenn der Tierarzt kam, war seine erste Frage: "Haben sie die Bestie immer noch nicht erschossen?"

Wir hatten die Bestie immer noch nicht erschossen.

Um Nero nicht ärgerlich zu machen, - er konnte Menschenansammlungen auf den Tod nicht leiden - ging ich allein auf die Hütte zu, blieb in respektvol-

der Entfernung stehen und redete Maud an, herauszukommen. Maud krächte, redete in fremden Zungen, fasste Nero um den Hals und schlug ihn mit ihrer Blechpuppe auf den Kopf. Nero schloss die Augen und wedelte mit dem Schwanze.

Als Höflichkeit nichts fruchtete, brüllte ich die Kleine an. Sie weinte; Nero knurrte und wedelte nicht mehr mit dem Schwanze. Schliesslich ging ich ins Haus zurück und kam mit dem Browning in der Hand wieder. Mir war nicht wohl bei dem Gedanken, dass ich einen Fehlschuss tun konnte, aber wer wollte wissen, was der Hund im nächsten Augenblick mit dem kleinen Mädchen machen würde? Maud musste heraus, so oder so.

Dann stand ich vor der Hütte, einen Meter davor, - so nahe hatte sich noch niemand heranwagen dürfen -. Der Zeigefinger der Rechten lag am Drücker. In der Linken hatte ich Schokolade.

Frauen sind bestechlich. Als Maud die Schokolade sah, geruhte sie, sich zu erheben. Auch Nero stand auf, und beide kamen auf mich zu. Mir war nicht sehr angenehm zu Mute.

Was niemand erwartet hätte: Nero wedelte weiter. Ich gab der Kleinen die Schokolade, und anstatt sie zu essen, gab sie Nero das ganze Stück. Der Hund, der sonst wie ein Raubtier schlang, nahm die Schokolade zart und vorsichtig entgegen. Noch ein paar freundliche Worte; dann ging die Kleine gutwillig mit, Nero sah uns nach, zerrte an der Kette und winselte.

Von diesem Tage an durfte jeder Hofbewohner an Nero herankommen. Wir durften ihn sogar von der Kette losmachen, und er tat nicht einmal den Hühnern etwas.

Seitdem kommt mir die Geschichte von dem amoklaufenden Elefanten und den wölfischen Adoptiveltern nicht mehr ganz so unwahrscheinlich vor.....

Curt Biging.

Ende gut, alles gut.^x

SPD. Die Geschworenen von Reggio Calabria in Süditalien verurteilten vor kurzem einige junge Leute zu insgesamt 124 Jahren Gefängnis wegen der gemeinsamen Vergewaltigung eines jungen Mädchens. Inzwischen hat sich jedoch der Präsident der Berufungskammer ins Mittel gelegt und nach längeren Hin- und Her-Verhandlungen haben sich die jungen Leute bereit erklärt, der Vergewaltigten eine schöne und reiche Aussteuer zu kaufen. Aber mehr noch: das Mädchen wurde aufgefordert, sich zwischen ihren allzu stürmischen Verehrern den Gatten zu wählen. Die junge Kalabreserin ist dieser Aufforderung nachgekommen; sie hat, ohne zu zögern, den ersten genommen, der sie vergewaltigte. Sie nahm nicht den schönsten und nicht den reichsten - schreiben die italienischen Zeitungen -, sondern, da sie ein Mädchen mit den gesunden und guten Instinkten ihrer Rasse war, wählte sie den, der ihre Ehre verletzt hatte. Wir wissen freilich nicht, ob nicht gerade der erste der schönste und reichste gewesen ist. So sind nun all die jungen Burschen froh, denn sie haben mit dem Tage der Hochzeit ihre Freiheit wieder; es entsteht keine Blutrache wegen verletzter Familienehre, und aus den beiden so gewaltsam Zusammengeführten soll ein gutes Ehepaar werden.

Das ist doch wohl die Justiz Salomons in reinster Nachahmung, ein bisschen mit Moral versüsst. Aber wenn man sich alles genau betrachtet, so ist der Spruch garnicht so übel: die Ehre der Vergewaltigten ist durch die Ehe gerettet, die körperliche Reinheit durch die Wahl des Mädchens, und der Akt von Tollheit zerstört nicht durch eine grosse Strafe das Leben einer ganzen Reihe von Menschen. Das Übereinkommen zwischen den jungen Leuten soll ausserdem freiwillig geschlossen worden sein. So kann man nicht einmal sagen, dass der Erwählte etwa der am härtesten Bestrafte sei.

Immerhin empfiehlt es sich nicht, in Kalabrien ähnliches Liebespraktiken zu üben, in der Hoffnung, immer so leicht davonzukommen.

G.R.

Ein Haus der Gesundheit.^x

SPD. In Karlsruhe wird demnächst ein "Haus der Gesundheit" für das Land Baden eröffnet werden. Die seit einer Reihe von Jahren vom Badischen Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe im dortigen Kinderkrankenhaus veranstalteten Kurse für junge Mädchen und Frauen, die den Zweck verfolgen, den Teilnehmerinnen eine möglichst gute Vorbildung für ihren zukünftigen Lebensberuf als Mutter zu gewähren, haben in allen Bevölkerungskreisen so starken Anklang gefunden, dass die im Kinderkrankenhaus dafür zur Verfügung stehenden Räume sich auf die Dauer als unzulänglich erwiesen und die Einrichtung eines eigenen Heimes erforderlich machten. Das neue Heim soll eine Stätte allgemeiner volkshygienischer Belehrung sein, die einen ganz neuartigen Typus auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge darstellt. An der Einrichtung dieser volkshygienischen Zentralstelle wirken neben dem Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge noch mit: die Landesverbände zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus, ferner der Badische Krüppelfürsorgeverein, der Hilfsverein für Geisteskranke und die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene. Den Hauptanteil an der Durchführung des grosszügigen Planes trägt die Landesversicherungsanstalt Baden.

Den Mittelpunkt der Anstalt bildet ein kleines Hygiene-Museum, das durch leicht verständliche bildliche und plastische Darstellungen auch den Laien über die wesentlichen Grundelemente hygienischer Lebensweise belehren wird. Dieses Hygiene-Museum wird mit einer Reihe von Einrichtungen verbunden werden, die eine planmässige Belehrung für Laien wie für Fachkreise gestatten. Es werden Kurse und Vorträge abgehalten werden sowohl für diejenigen Personen, die eine hygienische Aus- und Fortbildung benötigen, als auch für Frauen und Mädchen, die sich ein gediegenes Wissen für ihren zukünftigen Beruf als Mutter erwerben wollen. Eine Säuglingskrippe und ein Kleinkindergarten werden ebenfalls den Kursuszwecken dienstbar gemacht werden. Die Anstalt wird die erste dieser Art in Deutschland sein. Die Leitung liegt in den Händen des Direktors des Kinderkrankenhauses Karlsruhe, Professor Dr. Lust. H. Winter.

Familie Fabian und der Frühling.^x

Der Vater schreibt:

".....und wenn ich an den Frühling denke, so graust es mir. Nun hat man mal seit Weihnachten Ruhe gehabt mit dem Kaufen, da geht es dafür umso gehöriger wieder los. Frühlingskleid für Mutter. Frühlingsmantel für Mutter. Frühlingskleid für Tochter. Frühlingsmantel für Tochter. Konfirmationsanzug für Herbert. Und was sonst noch an so einer Konfirmation drum und dran hängt. Dazu die unerlässlichen drei oder vier Frühjahrsverlobungen meiner werten Tochter, die jedesmal ein Heidengeld kosten. Nein, ich weiss nicht, warum sich die Leute so auf den Frühling freuen. Ich finde diese Jahreszeit scheusslich...."

Die Mutter schreibt:

".....Der Frühling ist nun da, liebe Anna. Als wir noch jung waren, freuten wir uns noch darauf. Jetzt bedeutet der Frühling für mich Grossreinmachen. Ach, du lieber Himmel, wenn ich an die Gardinen denke! Die müssen gewaschen, gespannt und geflickt werden. Frühling, das ist nichts als Arbeit für uns armen Weiber. Hoffentlich findet unsere Tochter wenigstens diesmal einen Mann....."

Die Tochter schreibt:

".....Ein Trost, dass es jetzt wieder wärmer wird. Wenn man mal mit einem Kavaliere zusammen sein will, dann kann man nun endlich wieder mit dem Auto hinausfahren und braucht sich nicht von den erbärmlichen Spiessbürgern in der Stadt beglotzen und verklatschen zu lassen. Ich habe mir bereits zwei entzückende Frühlingshüte ausgesucht; Vater muss sie mir unbedingt kaufen. Bei Schmitz stehen ein paar ganz fabelhafte Kleider. Ich freue mich sehr, dass ich nun wieder bunt gekleidet einhergehen darf. Bunt steht mir so gut. Und die Sachen sind ja einfach phantastisch billig! Fünfzig bis sechzig Mark ein Kleid! Mehr nicht.....!"

Der Sohn schreibt:

".....nuhn wird es Ostern, da werde ich kohnfirmirt. Ich habe Bange vor die Osterzensuhr, ich werde wol sizen blaiben. Am bessten bin ich in Ordo--krafi....."

Und Grossmutter schreibt:

".....dies, werte Freundin, ist die Jahreszeit der Liebe und der Poesie. Es ist die Jahreszeit der Sehnsucht und der Jugend. Wie freue ich mich auf den Frühling! Und dann: Du weisst doch, wie sehr ich das Lied "Der Lenz ist da!" liebe, Wenn es nun Frühling wird, so brauche ich mich nur an den Radioapparat zu setzen. Da kann ich den ganzen Tag diesem Liede lauschen. Denn etwas anderes spielen ja die sämtlichen deutschen Sendestationen den ganzen Tag über doch nicht....."

K.M.

Fasching - ich wandre.

Zur Rechten ein Laden, hat Fastnachtsflitter,
Hat Masken, die Miene verzerrt,
Mit leeren Augenhöhlen, -
Zur Linken ein Park, mit goldenem Gitter,
Dem Strassenwandler gesperrt, -
Ich schreite zwischen den Beiden.

Ich würde, wenn's ging', zur Linken mich flüchten
In stumme Einsamkeit
Und dort vom Sommer träumen.
Dem möchte ich wieder Rosen züchten
Wie einst vor langer Zeit.
Das ist so schön gewesen.

Ich möchte wohl auch die Pritsche schwingen,
Die, rechts da, mit raschelndem Schlag,
Und Narr mit den Narren spielen,
Und liesse die Schellen erklingen, --
Da würde ich eins mit den vielen
Es geht nicht, das Eine und Andre,
Fasching! ich wandre

Henni Lehmann.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 27. Februar 1930.

Grossvaters Kuckucksuhr.^x

Von John K. Newnham.

SPD. Grossvaters Kuckucksuhr stand im Salon. Ihr dröhnendes "Kuckuck", mit dem sie die Stunden anzeigte, konnte im ganzen Hause deutlich vernommen werden. Sie war ein altes Erbstück. Seit unvordenklicher Zeit gehörte sie zur Familie James.

Peter James junior schlief im Zimmer neben dem Salon. Das unablässige laut Ticken der Uhr war in seinem Raume besonders gut zu hören. Aber er konnte sich nie recht daran gewöhnen. Oft lag er Stunden lang wach und benützte seine Musse, um Grossvaters Kuckucksuhr zu verfluchen. Er zählte ihre Schläge, um einschlafen zu können, aber ihr höllisches "Kuckuck...Kuckuck" unterbrach jäh seine mathematische Tätigkeit.

Als Peter sich zum Examen vorbereitete, empfand er die Uhr noch lästiger als zuvor. Sie hinderte ihn, seine Gedanken zu sammeln, und liess ihn nicht einschlafen, wenn er schlafbedürftiger denn je war.

Zur äussersten Verzweiflung getrieben bat er seinen Vater, er möge die Uhr entweder zum Stillstand bringen oder ausser Haus geben. Entgeistert starrte Peter James senior seinen fürwitzigen Sprössling an:

"Grossvaters Uhr weggeben?", sagte er schliesslich, "du weisst wohl nicht, was du da sagst, Bursche!"

"Aber Papa, das verdammte Ding geht mir so auf die Nerven. Tick=Tack, Tick=Tack, Tick=Tack, so geht das unablässig in einer Lautstärke, wie sie bei keiner anderen Uhr der Welt beobachtet werden kann. Die Uhr hämmert auf mein Hirn. Wenn ich arbeiten will, stört sie mich. Ja, selbst auf der Strasse verfolgt mich ihr Schlag. Um Himmels willen, stelle die Uhr ab oder schenke sie dem ersten Bettler, der bei uns anklopft!"

Mit schmerzbelegtem Blick betrachtete der Vater seinen respektlosen Sohn. "Lieber Junge", sagte er, "du bist jung und töricht. Seit Generationen gehört die Uhr zu unserer Familie, und nie würde jemand zugegeben haben, dass sie abgestellt wird. Und solange es eine Familie James gibt, wird die Kuckucksuhr nicht aufhören zu ticken und zu schlagen."

Peter junior seufzte. "Das grässliche Ding. Immer wieder versetzt es mich in Wut. Wenn die Uhr nicht abgestellt oder weggeschenkt wird, dann werde ich das Haus verlassen müssen, lieber Papa."

"Du vergisst wohl, dass du noch die Schule besuchst. Wer wird denn deinen Lebensunterhalt bestreiten, wenn ich fragen darf?"

Peter Junior antwortete nicht. Er blickte auf die Kuckucksuhr, die unbeirrbar tickte und tickte. Als wollte sie ihren Verächter verhöhnen, steckte gerade der Kuckuck seinen Kopf hervor und zeigte mit neckisch-schallendem Rufe an, dass wieder eine Stunde verflossen sei.

Peter James senior betrachtete zärtlich das alte Erbstück und wandte sich dann wieder seinem Sohne zu. Noch in Erinnerungen versunken sagte er: "Junge, niemals könnte ich mich von dieser Uhr trennen. Solange ich zurückdenken kann, war sie ein Teil unsres Hauses. Als ich noch ein kleines Kind war, nannte ich sie meine Freundin. Ich konnte ihren Schlag vernehmen, wenn ich schlafen ging, und des Morgens erweckte mich die Musik ihres Kuckucksrufes. Sie half mir vorwärtskommen im Leben. Für mich bedeutete ihr Schlag "Arbeiten...Arbeiten...".

Wenn ich traurig war, tröstete sie mich, und in frohen Stunden schien sie sich mit mir zu freuen."

Papa wischte sich mit seinem Taschentuche über die Augen. "Peter", fuhr er dann fort, "die Uhr habe ich von meinem Vater geerbt. Er liebte sie so, wie ich sie liebe. Verlangst du wirklich von mir, dass ich sie zum Stillstand bringe oder dass ich mich von ihr trenne?..."

"Nein, Papa", sagte Peter gerührt, "ich will versuchen, mich an den alten Kästen zu gewöhnen."

+ + +
Aus Peter James junior wurde Peter James senior. Und ein neuer Peter James junior kam zur Welt. Die alte Kuckucksuhr stand noch immer auf ihrem alten Platze. Ihr Schlag hatte an Lautstärke nichts eingebüsst, und schallend durchdrang ihr "Kuckuck...Kuckuck..." wie je zuvor die ganze Wohnung.

Peter James junior schlief in demselben Raume neben dem Salon, in dem einst sein Vater geschlafen hatte, und gleich seinem Vater seufzte er über die unerträgliche Kuckucksuhr. Jeden Abend verhinderte sie ihn einzuschlafen, und langsam begann er sie zu hassen. Als die Zeit seiner Schlussprüfungen herannahte, protestierte er bei seinem Vater gegen die "alte Klamotte" - so respektlos drückte sich die neue Generation aus - und verlangte, dass die Kuckucksuhr abgestellt oder aus dem Hause gegeben werden sollte.

"Mein lieber Junge", sagte Peter James senior mit betrübter Miene, "nie könnte ich mich von dieser Uhr trennen, und nie würde ich zugeben, dass sie zum Stillstand gebracht wird. Sie war die Freundin meiner Kindheit und meiner Jugend. Als mein armer Vater starb, erbte ich die Uhr von ihm. Er liebte sie so, wie ich sie liebe. Verlangst du wirklich von mir, dass ich sie abstelle oder aus dem Hause gebe?"

Seine Worte schienen aus bewegtem Herzen zu kommen.

"Nein, lieber Vater", rief da der Sohn, nur mit Mühe seine eigene Rührung bemeisternd, "nein, ich werde mich an die Uhr gewöhnen."

"Kuckuck...Kuckuck..." meinte höhnisch Grossvaters Kuckucksuhr.

(Berechtigte Uebertragung aus dem Englischen von Leo Korten.)

Ein Dutzend schwergeprüfter Herren.

SPD. Man kann heute, betritt man in Berlin die Halle eines jener distinguierten Hotels, in denen ein Fünfuhrtee um vier beginnt (was nach Londoner Zeit erst drei bedeuten würde), im Kreise stets ein Dutzend schwergeprüfter Herren vorfinden. Alle diese tadellosen Gentlemen trinken mit umflortem Auge ihren Mokka, setzten träumerisch den Likör an die Lippen, als hätten sie einen finsternen Schmerz auf diese Art abzuwürgen, starren tragisch auf die tanzenden Paare und erheben sich zuweilen resigniert, um vor einer Tänzerin eine formvollendete Verbeugung zu machen, die der Tragik nicht ganz entbehrt. Betrachtet man das Bild genauer, so wird man entdecken, dass jeder dieser scheinbar so Schwergeprüften eine graue Haarsträhne auf seinem zumeist dunklen Scheitel spazieren führt, nicht einen ganzen Streifen Grau, nein, das würde die Illusion eines zu vorgeschrittenen Alters eines zu grossen Leides erwecken; nur gerade eine Strähne, flott weggebürstet und Symbol dieser Figuren im Brennpunkt dessen, was der Berliner, mit Recht oder Unrecht, mondänes Leben nennt.....

Natürlich, wir reissen die Augen auf. Woher kommt das; was hat das zu bedeuten? Wurde die Reichshauptstadt von einer furchtbaren, alle erschütternden Katastrophe heimgesucht? Und wenn - würde dann der Berliner nicht froh sein, die Einzelheiten schon zwei Stunden später in irgendeinem seiner Nacht-, Spät-, Früh-, Mittags- oder Abendblätter lesen zu können? Würde er nicht zufrieden sein,

das alles noch einmal schon am nächsten Mittag im Kino als Wochenschau zu erleben und sich zu sagen: det is Tempo? Aber Erschütterung? Davon ist nun auch wirklich nicht die Rede, mag das Problem noch so verzwickert erscheinen. Es ist ja so einfach zu lösen, wie jede grosse Frage. Dieses ist die neue Mode; Fas=son 1930. Woher sie kommt, wer sie ersann, niemand weiss es, aber sie findet An=klang, und sie ist in einem viel wesentlicheren Sinne, als man meint, Wende und Umkehr, und das sogar, mag diese Aeusserung noch so phantastisch scheinen, in einem tragischen Sinne!

Gehen wir einmal die letzten Jahre zurück, jene Jahre, die nach und nach d Bild des äusseren Daseins in Europa wieder auf jenen Zustand umformten, den wir gewohnheitsmässig den "normalen" nennen. In all dieser Zeit, bis gestern, wurde als Ideal männlicher Erscheinung der "Sporttyp", der starke Mann, der Boxer und Weltrekordler anerkannt. Die Herrenwelt mühte sich, zu mens ndiecken, denn wenn auch Zigarrenreisender von gutem Leibesumfang, moderne Figur wollte jeder mache Es würde so viel gesportelt und geturnt in diesen Jahren wie kaum im Zeitalter der athletischen Griechen. Training hiess das grosse Wort, dem Mann und Frau, Herr und Dame, Greis und Kind untextan waren - einmal musste es wieder anders werden, und es begann da, wo der Walzer den Charleston, der Tango den Black=Bottom ablöste. Ein neues Zeitalter des Gefühls und der Träume, der Poesie und Galanterie schien wieder anzubrechen...als gerade die ältesten Damen bei der schlanken Linie, dem Bubikopf und der Kameradschaftsehe anlangen wollten oder das eben ausprobiert hatten.

Aber - was soll nun die graue Strähne, das Zeichen der wiederkehrenden Dekadenz? Die Gestalten sind eisern trainiert, die Damen müssen erst wieder viel Sahne essen, um der jetzo "neuen" Linie gerecht zu werden, die von den Klei dern bereits vorgeschrieben wird, und die Herren - müssen offenbar eine melanchö lische Miene aufsetzen, den Anschein des Leidens und der Trostbedürftigkeit erwecken, um wahrhaft chik zu sein, mag das Temperament des einen oder anderen auch noch so sehr zu Uebermut und derben Witzen neigen! Das Zeitalter der neuen Gefühle, neuen Sehnsüchte ist Mode geworden, und so schnell haben sich die in=neren Menschen nicht umstellen können: Der Weg von der neuen Sachlichkeit zur neuen Romantik führt über den Friseur. Die ersten Coiffeure des Kontinents sind fieberhaft mit der Herstellung oder Färbung grauer Haarsträhnen für Herren beschäftigt. Einige geldlose Roués sollen bereits, einem boshaften Vernehmen nach, Unterricht im Tragen der von der Mode geforderten leisen Melancholie geben.

Nun muss man sich vorstellen: Beim Tee trifft sich der vom Leben etwas mit=genommene junge Herr, dessen Haar entsprechend dem letzten Chik eben anzugrau= en beginnt, dessen träumerische Augen von einem schweren Leid erzählen, mit seiner "Freundin", deren übermütige Tennisbälle er noch vor einer Woche lachend parier=te. Sie isst ein Baiser nach dem anderen, um in ihr hinten lang ausgebuchtetes Kleid hineinzuwachsen, und er starrt träumerisch auf das Gewoge... "Ach, ich bin des Treibens müde..." Und da die Mode der Dame Mütterlichkeit in Körper= und Gefühlsform vorzuschreiben beginnt, tröstet sie ihn, spielt ihre neue Rolle mit üblichem Charme und dem Gefühl: "Wie oft werde ich noch einen Fauxpas begehen," um ihn zu trösten, der sich um alles in der Welt anstrengen muss, müde zu sein, das Leben satt zu haben, und von dem sie doch ganz genau weiss, wie schwer es ihm fällt, seine neue Rolle entsprechend der Mode des Augenblicks zu spielen. Ihre Gesten und Gefühle gehen aneinander vorbei - oder sollte es schon so weit mit ihnen sein, dass sie beide kein Gefühl mehr haben und es ganz gleichgültig ist, welches sie sich vortäuschen? Leere kann jede Maske mit Recht tragen.

Das ist also die neue Romantik? Dann wollen wir doch lieber bei der "Sach=lichkeit" bleiben, denn auch sie hat ihre Träumerei - und ehrlicher ist sie bestimmt.

Walter Anatole Persich.

Riesenaugen der Astronomen.^x

SPD. Es war im Jahre 1608, als die interessante Nachricht durch die Welt ging, dass ein Brillenschleifer, Hans Lippersheim mit Namen, in Middelburg in Holland ein Instrument erfunden habe, mit dem man ferne Dinge und Gegenstände ganz nahe sehen könne. Ein einfaches Rohr mit Linsen sollte es sein, durch das man schauen musste, um das Wunderbare zu erleben. Wie mögen die ehrsamten Bürger damals den Kopf geschüttelt haben über die Wunderdinge, die erfunden wurden, und des Abends werden im Wirtshaus "Zum Löwen" oder "Zur goldenen Krone" unter den biederen Männer wohl lange Dispute über die grossen Fortschritte der Zeit statt gefunden haben.

Was würden die Guten aber erst sagen, wenn sie heute, nach mehr als drei Jahrhunderten, die Rieseninstrumente sehen könnten, mit denen die Wissenschaft gegenwärtig arbeitet, um in die Tiefen des Weltraums zu dringen und in Fernen zu blicken, deren Unermesslichkeit unserm Vorstellungsvermögen nicht mehr zugänglich ist! Zu klein und schwach ist das unbewaffnete menschliche Auge, um tief in die unendlichen Weiten des Universums spähen zu können. Der Mensch war gezwungen, sich grössere und schärfere Augen zu bauen, um den Geheimnissen des Weltalls näher zu kommen. So entstanden nach und nach die modernen Riesenaugen, mit denen der Astronom arbeitet. Gleich ungeheuren Geschützen ragen diese Instrumente zum Himmel empor, um dem niemals ruhenden Menschengeste Kenntnis zu geben von den Wundern und Rätseln des Kosmos.

Vor rund hundert Jahren gelang es dem grossen deutschen Optiker Joseph Fraunhofer, einen Refraktor (Linsenfernrohr) von 24,5 cm Objektivöffnung herzustellen. Welches Aufsehen diese Arbeit damals erregte, mag daraus hervorgehen, dass es kein Unternehmen vorher gewagt hatte, über 16,5 cm Oeffnung hinauszugehen. Mit diesem Werke Fraunhofers waren aber zugleich die bisher für unüberwindlich gehaltenen Grenzen der Linsenherstellung gefallen. Da die Güte des Fernrohres hauptsächlich vom Durchmesser der Objektivöffnung abhängt und die Lichtstärke des Rohres steigt, je grösser das Objektiv ist, so begann jetzt unter den grossen Nationen ein regelrechter Wettbewerb um die Ehre, das grösste Teleskop der Welt zu besitzen.

Es gibt heute auf der ganzen Erde eine stattliche Anzahl grosser und gewaltiger Instrumente, unter denen man Linsenfernrohre oder Refraktoren und Spiegelfernrohre oder Reflektoren zu unterscheiden hat. Bei den Spiegelfernrohren befindet sich an Stelle der grossen Objektivlinse ein sorgfältig geschliffener Hohlspiegel. Die Observatorien in Pulkowa, Paris, Nizza, Bergedorf usw. haben hervorragende Linsenfernrohre wie teilweise auch Spiegelteleskope. Die Sternwarte in Neubabelsberg bei Berlin besitzt einen Refraktor von 65 cm Linsendurchmesser, während der Reflektor der Neubabelsberger Sternwarte, der ebenso wie das Linsenfernrohr aus den Zeiss-Werken hervorgegangen ist, mit einem Spiegeldurchmesser von 125 cm das grösste Spiegelteleskop Europas ist. Ein ausgezeichnetes, besonders für Himmelsphotographie geeignetes Rohr ist der Doppelrefraktor des astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam, mit Linsendurchmessern von 80 bzw. 50 cm. In seinem Aeusseren sehr imponierend wirkt das Riesenfernrohr der Volkssternwarte in dem Berliner Vororte Treptow, das zwar "nur" einen Objektivdurchmesser von 65 cm hat, aber mit einer Länge von 21 Metern der längste Refraktor der Erde ist. Die beweglichen Eisenteile dieses Rieseninstrumentes haben das ansehnliche Gewicht von 2600 Zentnern. Grosse Refraktoren werden heute jedoch wenig gebaut, weil das Interesse der Astronomen gegenwärtig auf jenen Gebieten liegt, für die gerade Reflektoren, also Spiegelfernrohre, besonders geeignet sind. In der Herstellung dieser Instrumente stehen die Amerikaner an erster Stelle.

Auf dem Gipfel des Mount Wilson in Kalifornien befindet sich in einer Kuppel von 33 m Durchmesser das grösste Fernrohr der Welt. Es hat einen Spiegel-

durchmesser von 258 cm. Die wunderbarsten Himmelsaufnahmen sind mit diesem Instrument gemacht worden, durch die unsre Kenntnis vom Weltall eine gewaltige Erweiterung erfahren hat. Das Fernrohr wurde im Jahre 1917 zum ersten Male auf den Himmel gerichtet. Aber schon heute, nach knapp 13 Jahren, gibt sich der niemals ruhende Menscheng Geist nicht mehr damit zufrieden. Die guten Erfahrungen, die man mit dem sogenannten Hookerspiegel gemacht hat, liessen den Plan reif werden, ein noch grösseres Instrument dieser Art zu bauen. Das "California Institute of Technology" hat vor einigen Monaten den Bau eines Riesenteleskops mit einem Spiegel von 5 m Durchmesser beschlossen und einen Stab von hervorragenden Astronomen, Physikern und Ingenieuren mit der Ausarbeitung der Entwürfe beauftragt. Da Glas durch Temperaturschwankungen sehr leicht beeinflusst wird, soll dieser Riesenspiegel aus Quarz bestehen und aus Sechskantstücken zusammengesetzt werden. Erst diese Bauart wird es ermöglichen, überhaupt einen brauchbaren Spiegel von dieser Grösse herzustellen. Das Teleskop wird dann 600 000 mal mehr Licht sammeln, als in das unbewaffnete menschliche Auge fällt. Es wird allerdings noch mindestens 10 Jahre dauern, ehe das neue Riesenauge der Astronomen gegen den Himmel gerichtet wird. Die erforderlichen Geldmittel zu diesem Unternehmen, die auf 50 Millionen Mark geschätzt werden, fliessen aus den Rockefeller'schen Stiftungen. Glückliches Amerika!

Erich Krug.

X

Vergrabene Schätze.

SPD. Kürzlich ging durch die Zeitungen eine Notiz, in der mitgeteilt wurde dass man in einem elsässischen Dorfe eine starke Kiste gefunden habe, die anscheinend 1870 von Edelleuten, die im Kriege für ihren Besitz gefürchtet hatten, vergraben worden war. Diese Kiste enthielt Oelbilder bekannter Maler der letzten vier Jahrhunderte; der Wert des herrenlos gebliebenen Fundes wurde auf drei viertel Millionen Mark geschätzt. Dass so abenteuerliche Funde nicht gar so selten sind, ist bekannt. Man hat gerade nach dem Kriege viele merkwürdige Sachen ins Tageslicht befördert, und je mehr alte Felder und Wälder gerodet und urbar gemacht, alte Häuser umgelegt und neue Fundamente gelegt werden, umso mehr wird man allerlei nützliche und wertvolle Dinge finden, wenn auch nicht immer Dinge, deren Wert nur in vier- und fünfstelligen Zahlen auszudrücken ist. Vor etwa 25 Jahren beispielsweise berichtete eine englische Zeitschrift über eine ganze Serie solcher merkwürdiger und wertvoller Schätze: Vor Jahren spielten im Dorfe Beaworth Kinder mit Marmeln, als sie in der Erde ein kleines Loch bemerkten, aus dem etwas Glänzendes hervorschimmerte. Eins der Kinder steckte die Hand in die Öffnung und holte eine Menge Münzen heraus, zu seiner und der Spielgefährten grosser Verwunderung. Sie füllten sich damit die Taschen und gingen ins Dorf zurück; unterwegs machten sie sich das Vergnügen, jedem Vorbeigehenden Münzen zuzwerfen. Die Nachricht dieses Fundes verbreitete sich schnell im Dorfe. Man stellte sogleich Nachforschungen an und fand etwa 6500 Münzen aus der Zeit Williams I. und Williams II.

Zwei Jahre zuvor schon hatte man in einem Nest in der Nähe von Tutbury einen bedeutenden Fund gemacht. Bei der Herstellung einer Furt im Flasse Dover bemerkte ein Erdarbeiter, dass etwas unter seiner Schaufel glänzte. Er grub tiefer und holte eine ganze Schaufel voll Silbermünzen hervor. Er rief seine Arbeit kollegen herbei, und als man festgestellt hatte, dass Wertvolles da gefunden worden war, kam es zu einer gewaltigen Rügelei, denn jeder beanspruchte den Schatz für sich. Es waren etwa 200.000 Münzen aus der Zeit Eduards I. - Bei Ausbesserungsarbeiten in Lancastershire fand man im gleichen Jahre ein grosses Silberlager, das etwa 1000 Jahre dort gelegen haben mochte. Ganze Berge von Silberklumpen, Schmucksachen und Gefässen aus schwerem Silber, ausserdem mehr als 6000 Münzen

aus der Zeit der ältesten angelsächsischen Könige kamen ans Tageslicht. Die Schätze hatten einen ganz bedeutenden kulturgeschichtlichen und Antiquitätenwert. - Ungefähr ein Jahr darauf fand ein Bauer beim Pflügen seines Feldes unter einem Gebüsch, das er ausgrub, einen schweren Kessel mit Silbermünzen. Sie stammten, wie festgestellt wurde, aus der Zeit Eduards des Bekenner's. Es waren etwa 800 Münzen, die so neu aussahen, als kämen sie gerade aus der Münzpräge. Der Bauer ist durch diesen Fund ein reicher Mann geworden!

In Herfordshire fanden Waldarbeiter beim Ausgraben eines Fuchsbaues, in einer kleinen Höhle, silberne Kirchengewichte aus der Zeit der Stuarts. In Middlesex fand man Goldmünzen von etwa 80 000 Mark Wert. Im Londoner Tufnellparke wurden Baumwurzeln ausgegraben - dabei fand man zwei Kessel mit 400 Goldmünzen. Und in Exeter fand man beim Abreißen alter Häuser eine umfangreiche Münzensammlung aus der Regierungszeit Heinrichs VIII. (16. Jahrhundert). Das waren einige sehr ergebnisreiche Jahre! Nicht immer ist das Glück so launisch, dass es diese Funde gleich serienweise "veranstaltet". Die wahren Eigentümer, die einstmals solche Schätze vergraben haben, hat man nur ganz selten entdeckt. Es hat eben immer Leute gegeben, die so viel Geld und Goldeswerte besaßen....dass sie sie vergraben mussten!

J.M.Klar.

Heuschober als Armenhotel.^x

Im Armenhotel weit draussen im Feld,
-Allein mit Regen und Wind -
Gibt's keinen Wirt, der auf Ordnung hält,
Und auch kein helfend' Gesind'.

Das Heu so warm und ein Dach zum Schutz
Empfängt seine Gäste aus Kälte und Schmutz.
Die ausgestossen, mit Lumpen behangen,
Gehetzt und getreten, hier endlich einmal zur Ruhe gelange
Carl Bender.

SPD. Die Speisekarte des Seekadetten.^x Auf einem Kongress verschiedener englischer pädagogischer Vereinigungen, der kürzlich in London stattfand, behandelte man u.a. sehr ernsthaft die Frage der Schülerernährung. Die von dem Kongress vorgeschlagene Ernährungsmethode weicht beträchtlich von der ab, die einst die Seekadetten Seiner Britischen Majestät auf den Kriegsschiffen zu "erdulden" hätten. Aus dem Ende des 18. Jahrhunderts ist uns ein Brief eines dieser vierzehnjährigen bis fünfzehnjährigen Jungen an seine Mutter erhalten, in dem es heisst: "Wir bekommen Ochsenfleisch zu essen, das mindestens 10 Jahre lang in Salzwasser gelegen hat, und bei dessen Anblick es einen schüttelt; so voller Maden ist es... Wir trinken Wasser, das eine Farbe hat wie Baumrinde, und in dem alle Arten von Würmerchen wimmeln, Wein, der aus Ochsenblut mit Sägespänen gemacht zu sein scheint...." - "Ich hoffe", fügt er junge Mann fromm hinzu, "dass ich mir das Fluchen nicht angewöhne."

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

6)

SPD. Fouché schüttelte zweifelnd den Kopf.

"Lefèvre?...Dann wissen Sie wohl nicht, Herr Chefingenieur, dass er erst seit drei Monaten verheiratet ist und sich nur deswegen nach Brest hat versetzen lassen, um seine praktischen vier Monate in der Familie seiner Frau zu verleben. Es ist ziemlich heikel, ihm einen solchen Vorschlag zu machen...."

"Mein Gott" begann Herr von Croixdalle wieder, "wie unangenehm!....Alle Zeitungen haben das Datum mitgeteilt.... Wir werden wie Ignoranten oder Dummköpfe dastehen!.... Und was wird erst der Generalinspektor sagen?....Im Ministerium wird man uns lächerlich machen....Wir hatten einen solchen Trumpf in der Hand, und gerade in der letzten Minute muss uns das passieren!"

"Noch ist nicht alles verloren", entgegnete Fouché. "Ich werde kameradschaftlich mit Lefèvre sprechen und alles Notwendige erreichen."

"Sagen Sie ihm, dass er sich einen Mann mitnehmen kann, falls ihm die anstrengenden Reinigungsarbeiten zuwider sind, was ich ihm keineswegs verdenken würde."

"Gut, verlassen Sie sich auf mich, Herr Chefingenieur; ich werde nichts unversucht lassen, um ihn für unsern Plan zu gewinnen".-

Daniel Lefèvre hatte sein zweites Studienjahr hinter sich. Im Jahre vorher hatte er sich auf einer Studienreise in Brest während der Musik auf der Cours d'Anjou in ein junges Mädchen verliebt. Von diesem Tage hatte es für ihn nur noch seine Liebe gegeben. Yvonne Cadio war keusch. Ausserdem hatte der aufrichtig Liebende nicht im geringsten an eine Verführung gedacht. Der alte Cadio ein angesehenes Küstenschiffer, nahm seine Werbung günstig auf, und man hatte die Hochzeit einfach, aber von Herzen gefeiert.

Man kann sich daher Lefèvres Freude vorstellen, als es hiess, nach abgeschlossenem Studium die vier praktischen Monate in Brest zu absolvieren!

Fouchés Besuch und Anliegen waren für Lefèvre eine unangenehme Ueberraschung. Er sollte seine Frau mitten in den Flitterwochen verlassen! Die Aussicht auf eine aussergewöhnliche Stellung tröstete ihn allerdings etwas. Yvonne, die das Nomadenleben der Schiffer kannte - denn es war das ihres Vaters und Grossvaters gewesen -, redete ihm zu. Sie gab ihm zu bedenken, dass ein oder zwei Wochen rasch vorübergehen und dass sein Opfer günstige Beförderungsmöglichkeiten ergäbe. Daniel nahm an.

Und da man ihm eine Begleitung freistellte, wählte er Vincent Cadio, seinen Schwager, einen Burschen von neunzehn Jahren, der Beamter bei der Verwaltung der öffentlichen Strassen war. So könnte er wenigstens von Yvonne sprechen und brauchte die Wohltat des Familienlebens nicht ganz zu entbehren. Vincent war begeistert, denn dieser Vorschlag reizte seinen jungen Abenteurergeist.

So liess die "Marie-Jeanne" am vorgeschriebenen Tage auf dem Teufelsfelsen die mit Proviant versehenen drei Männer zurück: Daniel Lefèvre, Bernard Guirec und Vincent Cadio.

Für die drei Männer war der erste Tag nicht lang genug, um von ihren Zimmern Besitz zu ergreifen. Daniel schlief im Ingenieurzimmer; die anderen im Zimmer mit den zwei Betten, Man musste sich auch an die Behausung gewöhnen, besonders an die Steintreppe, die man hinauf- und hinunterklettern musste, um von einem Zimmer ins andere zu gelangen, und die das Geräusch aller Schritte und Worte in seltsamer Resonanz wiedergab.

Das Anzünden - zum erstenmal seit Menschengedenken leuchtete ein Licht in dieser Einsamkeit - wurde mit einer gewissen Feierlichkeit begangen.

Die Lampe war gefüllt; der Mechanismus des optischen Apparats war aufgezogen und wartete nur auf die Auslösung. Durch die dunkelbraunen Vorhänge

mit roten Streifen filterte die sinkende Sonne ihr warmes Licht, das Kristall, Spiegel und das funkelnde Kupfer in goldenen Dampf hüllte.

Aus einem angeriebenen Zündholz entstand eine fast unsichtbare Flamme. Daniel übertrug sie auf die konzentrischen Dochte. Eine halbe Stunde lang blieben die drei Männer vor der Laterne. Die noch und noch höher geschraubten Dochte umgaben sich mit einer Krone von Licht, die immer strahlender wurde, je tiefer die Sonne sank, und der starke Geruch von erhitztem Metall heizte den bereits überhellen Glaskäfig. Als man nach der auf einer Tafel angegebenen Zeit die Leinenüberzüge fortgenommen hatte, begannen fünf starre Lichtgarben über das dämmerige Dunkel des Wassers zu wandern.

Während Guirec sich ausruhte, denn er musste um Mitternacht wieder auf Wache ziehen, genossen Daniel und Vincent, an die Balustrade der Terrasse gelehnt, die erfrischende Ruhe.

Zu gleicher Zeit wie der Teufelsfelsen hatten alle anderen Leuchttürme zu leuchten begonnen.

Die Juninacht war so milde, dass Daniel sich entschliessen konnte, wieder hineinzugehen. Kein Windeshauch; ein gleichmässiger und langsamer Atem. Keine Wellen; unter dem dunkelblauen Himmel gab das nur wenig dunklere Meer sein Leben lediglich dadurch zu erkennen, dass es Schaum gegen die nahen Felsen warf, der unter den drehenden Lichtstrahlen jäh erbleichte.

Es war eine Nacht, die müde und weich macht, eine von jenen Liebesnächten, in denen selbst der keuschesten Mensch aus seinem innersten Grunde eine verwirrende Lust nach Zärtlichkeiten emporsteigen fühlt. Daniel, der seine Stirn auf die Hand gestützt hatte, lehnte sich gegen die Rampe, deren Steine noch heiss von der Sonne waren. Yvones Bild beunruhigte ihn. In dieser Stunde rief er nach ihr mit allen Kräften seines Seins. Wie gross wäre seine Freude gewesen, sie in seiner Nähe zu fühlen, ihr zärtlich den Arm um den Hals zu legen, sie an sich zu ziehen und Wange an Wange gemeinsam mit ihr die Erschütterung dieser herrlichen Nacht zu geniessen....

Das Geräusch eines kurzen Hustens riss ihn aus seiner Träumerei. Er sah Vincent neben sich, Yvones Bruder, der ihr so ähnlich sah. Und Daniel empfand Zärtlichkeit für ihn, eine Aufwallung von Sorge, als müsse er statt Yvone deren Bruder schützen.

"Gehen wir hinein. Du erkältest dich sonst."

"Ich? Aber es ist doch so schön...."

"Man erkältet sich zu leicht....Gehen wir hinein...."

Am nächsten Tage erwachte Daniel von dem Lärm, den Guirec nach seiner Wache beim Herunterkommen machte.

Er zog sich an und stieg mit Büchern und Heften in das Dienstzimmer hinauf. Aber sein Vorsatz zu arbeiten kam nicht zur Ausführung. Obwohl Einsamkeit, Stille und Ruhe ihn dazu einluden, konnte er sich nicht sammeln. In dieser zu bewegten und zu weiten Umgebung löste sich sein Wesen gleichsam zu Dampf auf und wurde kleiner. Deswegen begrüsst er mit Vergnügen Vincent, der ebenfalls in das Zimmer kam, dessen mit geheimnisvollen und leuchtenden Gegenständen gefüllte Schränke seine Neugierde reizten.

Vincent hatte trotz seiner neunzehn Jahre noch etwas Jungenhaftes. Er war voller Vertrauen und anständig, aber sehr oberflächlich, sehr dreist und sehr phantastisch. Daniel empfand ihm gegenüber fast väterliche Gefühle.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

133. Sitzung vom 27. Februar 1930.

SPD. Der Einspruch des Reichsrats gegen den Beschluss des Reichstages, wonach die Rückflüsse aus Hauszinssteuermitteln wieder nur für den Wohnungsbau verwendet werden sollen, wird dem Wohnungsausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister, das sogenannte Ministerpensionsgesetz.

Nach den Ausschussbeschlüssen beträgt das Gehalt des Reichskanzlers 45 000 das eines Reichsministers 36 000 RM im Jahre. Neu sind vor allem die Bestimmungen über die Pensionierung der Reichsminister. Ehemalige Reichsminister sollen zukünftig nicht mehr lebenslänglich die volle Pension erhalten, sondern nur ein Übergangsgeld für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren, je nach der Dauer der Ministertätigkeit, das in den ersten drei Monaten das volle Ministergehalt und dann die Hälfte beträgt. Hat ein Minister bei Ausübung seines Amtes eine Gesundheitsschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so soll er eine Ruherente erhalten, desgleichen wenn ein Minister bei seinem Ausscheiden das 65. Lebensjahr erreicht hat und mindestens vier Jahre Minister war. Die Ruherente soll 12 000 RM jährlich nicht übersteigen. In einer Entschliessung ersucht der Ausschuss die Reichsregierung darauf Bedacht zu nehmen, dass zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen angestellt werden.

Abg. Gottheimer (Dn) stimmt dem Grundgedanken des Gesetzes zu, dass der parlamentarische Minister keinen Pensionsanspruch haben soll. Durch die Gewährung einer Ruherente bei Erreichung des 65. Lebensjahres werde leider diese klare Linie verlassen. Der Redner wendet sich gegen einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag, wonach die Ernennung eines neuen Reichskanzlers nicht von ihm selbst gegengezeichnet werden soll, wie es jetzt die Vorlage in der Ausschussfassung vorsieht. Die Deutschnationalen, so erklärt Abg. Gottheimer, sehen eine unzulässige Beeinträchtigung der Entschlussfreiheit des Reichspräsidenten in diesem Antrag und würden die ganze Vorlage ablehnen, wenn der Antrag angenommen wird. Wir sind auch dagegen, dass das Wohnungsgeld der Minister von 2500 auf 3600 Mark erhöht wird.

Abg. Dr. Schetter (Ztr) begrüsst die Vorlage, die eine Lücke in der Verfassung ausfülle. Er bekämpft den sozialdemokratischen Antrag über die Ernennung eines neuen Reichskanzlers mit ähnlichen Gründen wie der Abg. Gottheimer. Die Vorlage sei geeignet, das Vertrauen zu den höchsten Beamten des Staates zu stärken. Künftig werde ein grosser Idealismus dazu gehören, das Amt eines Ministers oder Reichskanzlers zu übernehmen.

Abg. Colosser (Wirtschaftspartei) bezeichnet die Vorlage als den Erfolg eines früheren Vorstosses der Wirtschaftspartei. Die Überspannung des parlamentarischen Systems habe zu dem Massenverbrauch an Ministern geführt. Das vorliegende Gesetz sei zu begrüßen als erstes Anzeichen des Willens der Reichsleitung, den gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Wirtschaftspartei sei nicht Gegner des Berufsbeamtentums, aber sie wolle die Beamten nicht zum Instrument der Parteiherrschaft machen. Minister der Republik haben sich ihre Privattätigkeit als pensionsfähige Dienstjahre anrechnen lassen. (Abg. Rossmann (Soz): "Das ist nicht wahr! - Nennen Sie doch einen einzigen Fall!") Die Wirtschaftspartei werde dem Gesetz zustimmen und bedaure nur, dass es nicht rückwirkende Kraft erhalten könne.

Abg. Torgler (Komm) bezeichnet die in dem Gesetz vorgesehenen Gehälter und Wartegelder als viel zu hoch.

Abg. Morath (D.Vp.) betont dem Vorredner gegenüber, unter den 34 Ministern der Republik seien nur zwei ehemalige Gewerkschaftssekretäre gewesen. Die in dem Gesetz vorgesehenen Gehälter seien angesichts der Aufhebung der Pensionsansprüche wirklich nicht als übertrieben hoch zu bezeichnen, erst recht nicht das Wohnungsgeld. Der deutschnationale Antrag auf Herabsetzung des Wohnungsgeldes sei unberechtigt. Die Hinterbliebenenversorgung ist unbefriedigend. Wir beantragen mit Unterstützung der Demokraten, dass beim Tode eines ehemaligen Reichsministers während des Bezugs einer Ruherente die Hinterbliebenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate noch die volle Ruherente des Verstorbenen und dann die Hinterbliebenenbezüge erhalten. Die Ruherente soll weiter nach unserem Antrag zum § 18 20% des Gehalts betragen und beim Vorliegen besonderer Verhältnisse auf 40 % erhöht werden können.

Abg. Dr. Reinhold (Dem) erhofft von der Vorlage das Verschwinden der in bewusster Demagogie verbreiteten Legende von den Riesenbezügen republikanischer Staatsmänner.

Abg. Rossmann (Soz):

Wir haben stets den Zustand als Änderungsbedürftig empfunden, dass Minister nach einer mehr oder weniger kurzen Amtsdauer eine Pension erhalten. Auf unsere Veranlassung ist die Vorlage eingebracht worden. In früheren Jahren hat man sehr gehässige Reden über die Ministerpensionen von Parteien gehört, die nicht daran dachten, den Zustand zu ändern, solange ihre Leute Minister waren. (Sehr gut! links) Wir billigen die Absicht, nicht mehr lebenslängliche Pensionen, sondern nur zeitlich befristete Übergangsgelder zu gewähren. Draussen soll nicht der Eindruck entstehen, als sei das Ministeramt der deutschen Republik eine Quelle der Bereicherung oder der persönlichen Sicherstellung. Die Kritik war sehr häufig nicht aus sachlichen Motiven, sondern aus Feindschaft gegen das parlamentarische System erhoben, und zwar von Leuten, die sich die Vorteile des parlamentarischen Systems sehr wohl nutzbar zu machen verstehen. (Sehr wahr! links) In der Reichstagssitzung vom 18. Dezember v. J. hat der Abg. Dr. Frick gesagt: "Wir Nationalsozialisten haben schon im Dezember 1927 beantragt, die Gehälter der Minister nach ihren Leistungen zu bemessen!" (Grosse Heiterkeit links) Er fuhr fort: "Danach müssten allerdings unsere neudeutschen 'Staatsmänner', deren Leistungen nur negativ, zum Schaden des Deutschen Volkes sind, etwas herauszahlen. Die Mehrheit will offenbar den Missbrauch mit den Ministerpensionen fortsetzen, bis auch der letzte republiktreue Abgeordnete im Besitz einer Ministerpension ist." Diese Rede hat aber nicht gehindert, dass Frick kaum vier Wochen später einen sehr republikfrommen, vielleicht nicht ganz aufrichtigen Eid auf die Verfassung geleistet hat. (Vizepräsident ruft den Redner wegen dieser Unterstellung zur Ordnung.)

Gegen die Monarchie hat sich nicht nur die rechtliche, sondern auch die materielle Stellung der Minister wesentlich geändert. Herrmann Müller hatte sehr recht mit seinem Wort auf einem unserer Parteitage: "Reichskanzler der Deutschen Republik zu sein, ist eine grosse Ehre, aber ein Vergnügen ist es wahrlich nicht." Jeder, der im Schützengraben der Verantwortung steht, weiss das. Und es hat Zeiten gegeben, wo dieser Schützengraben nicht nur ein Bild war, sondern die Minister infolge der völkischen Hetze jeden Augenblick damit rechnen mussten, aus dem Hinterhalt abgeknallt zu werden. Wir denken an Erzberger und Rathenau, auch Ebert und Stresemann sind den vergifteten Pfeilen gewisser politischen Richtungen in Deutschland erlegen. Herrn Torgler frage ich, ob er vielleicht einverstanden wäre, wenn das Gehalt des Reichskanzlers den Bezügen des Sowjet-Botschafters in Berlin gleichgesetzt würde!

Die Gegenzeichnung der Ernennung eines Reichskanzlers durch seinen Vorgänger ist nun zehnjährige Übung, warum soll man diese Tradition nicht aufrecht erhalten? In England empfiehlt der abgehende Premier dem König, die Regierungsbildung dem Sprecher der Opposition zu übertragen. Wir sehen in dieser

Reichstag, Blatt 3.

Uebung auch eine gewisse Sicherung für die Beachtung des Geistes des parlamentarischen Systems. Vollkommen fern liegt uns ein Angriff auf die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Reichspräsidenten, deren Ausübung durch diese zehnjährige Uebung in keiner Weise erschwert worden ist. - Der § 18 soll dahin wirken, dass das Ministeramt in der Deutschen Republik nicht ein Privileg wird für hohe Beamte, reiche Leute und solche Persönlichkeiten, die auf Grund grosser dienstlicher Erfahrungen nachher einträgliche Stellungen in der Privatwirtschaft erlangen. Daher soll nach vierjähriger Ministerschaft der Anspruch auf eine Ruherente vom 65. Lebensjahr an und im Höchstbetrag von 12 000 Mark im Jahr unter Anrechnung allen sonstigen Einkommens bestehen. Herr Schacht und andere reden von korrumpierender Rentnerpsychose. Man bezeichnet Kriegsinvaliden als Simulanten, die sich eine Pension erschleichen wollen. Haben Sie doch den Mut zu einer moralischen Offensive und stimmen Sie für den § 18! (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Döbrich (Chr. nat. Bauernp.) beantragt Herabsetzung der Gehälter auf 24.000 M für die Minister und 30 000 M für den Kanzler.

Nach einer Rede des Abg. Stöhr (ns) folgt die paragraphenweise Abstimmung. Der sozialdemokratische Antrag zum § 2 (Gegenzeichnung der Ernennung des Kanzlers) wird gegen die Antragsteller abgelehnt. § 14 (Gehälter) wird in namentlicher Abstimmung gegen die Kommunisten, die Nationalsozialisten, viele Deutsche nationale und die beiden Bauerngruppen mit Ausnahme des früheren Ministers Dr. Fehr, mit 298 gegen 90 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Beim § 18 wird ein Antrag Morath (DVP) abgelehnt, sein weiterer Antrag auf Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung bei § 23 angenommen. Mit dieser Aenderung wird die Vorlage von einer grossen Mehrheit in zweiter Lesung beschlossen.

Das Internationale Seeleute-Abkommen wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, das Internationale Sanitätsabkommen nach Empfehlung durch den Präsidenten Hamel vom Reichsgesundheitsamt verabschiedet. -

Das Gesetz über die Beteiligung des Reichs an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse geht an den Haushaltsausschuss.

Vor dem nächsten Punkt, Auslieferung einer Anzahl kommunistischer Abgg., vertagt das Haus um 19 Uhr sich auf Freitag, 13 Uhr: Mieterschutz, Nachtrags-état und Branntweinmonopol, sowie kommunistischer Antrag wegen der Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 27. Febr. (Eig. Ber.)

In der am Donnerstag im Preussischen Landtag fortgesetzten Aussprache über den Abschnitt Polizei und Landjägerei beim Etat des Ministeriums des Innern beantworteten Regierungsvertreter zunächst einige Grosse Anfragen.

Eine Anfrage der Deutschnationalen wird dahin beantwortet, dass der Oberpräsident in Breslau eine Umfrage nach den in der Provinz Niederschlesien vertretenen politischen Vereinen pflichtgemäss veranlasst hat, um sich die politischen Bewegungen seines Amtsbereichs zu unterrichten.

Auf die Anfrage der Kommunisten über das Verhalten der Polizei anlässlich der Bestattung der Arbeiter Neumann und Kobisch-Meyer wird mitgeteilt, dass all darin behaupteten Übergriffe der Polizei den Tatsachen nicht entsprechen. In demselben Sinne wird auch eine deutschnationale Anfrage über das Verhalten der Polizei in Neumünster bei dem Demonstrationszug schleswig-holsteinischer Landleute beantwortet.

Eine weitere Anfrage der Kommunisten über die Durchführung der Beschlagnahme des Vermögens des "Roten Frontkämpfer-Bundes" wird dahin beantwortet, dass nach § 18 des Republikschutzgesetzes sich die Beschlagnahmen auf sämtliche Vermögensstücke und Vermögensrechte der aufgelösten Vereinigung und ihrer Ortsgruppen erstrecken und zu Recht erfolgt seien. Der Ablauf des Republikschutzgesetzes sei auf die zurzeit seiner Geltungsdauer erfolgte Beschlagnahme ohne Einfluss.

In der fortgesetzten Aussprache hält

Abg. Borck (Dn) grössere Sparsamkeit bei der Polizei für notwendig. Die bei der letzten Kommunalwahl in Berlin in Polizeikasernen abgegebenen kommunistischen und vor allem sozialdemokratischen Stimmen zeigen, dass der gute Geist der Polizei im Abgleiten sei. Der Konflikt Heimannsberg-Weiss im Berliner Polizeipräsidium zeige, dass eine Polizeitruppe fest in der Hand des Führers sein muss. Heimannsberg habe inzwischen eingesehen, dass er sich als Kommandeur nicht von Zivilbeamten hineinreden lassen könne. Der Schuldige sei der Polizeivizepräsident Dr. Weiss, der entfernt werden müsse.

Abg. Stieler (Ztr) erklärt, dass das Empfinden christlicher Volkskreise durch freche Verhöhnungen von Freidenkern und Kommunisten verletzt worden sei. Hier hätte die Polizei die Pflicht, auch ohne Protest sofort einzuschreiten. Die Polizeibeamten hätten im vergangenen Jahr ihre Pflicht treu erfüllt, und es sei bedauerlich, dass nicht nur kommunistische Zeitungen, sondern auch demokratische Blätter die zulässige Kritik an der Polizei zu einem Kessel-treiben ausarten lassen. Das treffe insbesondere auf den Fall Heimannsberg-Weiss zu. Der zunehmenden Zersetzungsarbeit der Kommunisten und Nationalsozialisten in der Partei müsse entgegengearbeitet werden.

Staatssekretär Dr. Abegg

betont, dass das Ausland unsere Polizei mehr rühmt, als das Inland. Gelegentliche Missgriffe seien nicht zu vermeiden, solange die Polizei aus Menschen bestehe und durch das Treiben der radikalen Gruppen dauernd überlastet ist. Kern und Geist der Polizei seien gesund und die Staatsregierung könne den Beamten ihren Dank für treue Pflichterfüllung aussprechen. Wieviele Polizeibeamte nach den Angaben des Abg. Borck marxistisch gewählt hätten, sei nicht festzustellen. Die Behauptung des Abg. Borck, dass die Polizei eine militärische Gruppe sei, und dass es sich im Konflikt Heimannsberg-Weiss um einen Kampf zwischen dem militärischen und zivilen System handelt, sei von der Parlamentstribüne herab gefährlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien). Diese Behauptungen seien nicht einmal zutreffend. Es gebe nur ein polizeiliches

System, das ein ziviles ist. Persönliche Reibungen seien bei einer grossen Behörde unvermeidlich. Die Tatsache, dass die Polizei von rechts und links gleich stark angegriffen wird, sei ein Beweis für ihre Neutralität. Aber am sichersten fühlten sich die radikalen Gruppen unter ihrem Schutz, wie es sich beim letzten roten Frontkämpfertag gezeigt hat, als die radikale Rechte den Schutz der Polizei erbat. Die Erziehung zum republikanischen Geist in der Polizei sei das natürliche Bestreben der republikanischen Regierung.

Abg. Kasper (Komm) erhält einen Ordnungsruf, als er von dem Lügen- und Verleumdungsfeldzug des Papstes gegen den teuflischen Bolschewismus spricht. Auch der Demokrat Falk habe die Kommunisten verleumdet (zweiter Ordnungsruf) als er ausführte, in Köln habe der Pöbel 1918 unter dem Arbeiter- und Soldatenrat geplündert. Den Polizeibeamten werde von ihren Vorgesetzten schärfstes Vorgehen gegen die Arbeiterschaft eingepaukt. Eine wahre Volkspolizei könne nur auf Seiten der Arbeiterschaft stehen.

Abg. Metzentin (D.V.P.) erklärt, dass die öffentlichen Zustände noch nicht so seien, dass auf Anwendung der Waffen und auf grössere Zusammenfassung der Polizei verzichtet werden könne. Leider werde die Polizei noch viel zu viel durch Umzüge und Demonstrationen der radikalen Verbände in Anspruch genommen. Darunter leide der Sicherheitszustand im Lande. Die Kriminalpolizei müsse reformiert werden.

Abg. Barteld (Dem) führt die grossen Ausgaben für die Polizei auf die starke Inanspruchnahme derselben durch die Ausschreitungen der radikalen Organisationen zurück. Die Polizei sollte angesichts der schweren Aufgabe nicht so abfällig kritisiert werden, denn sie habe die Grundlage des preussischen Staates geschaffen. Bei der Besetzung der Polizeistellen dürfen parteipolitische Erwägungen keine Rolle spielen, aber die Polizei müsse positiv zum Staate eingestellt sein. In dieser Hinsicht dürfe jetzt die Polizei als zuverlässig betrachtet werden.

Abg. Mentz (Wirtsch.-P.) erkennt an, dass die Polizei im Rahmen des Möglichen für Ruhe und Ordnung eingetreten sei. Sie dürfe sich aber nicht auf eine Bevölkerungsschicht einstellen. Am 1. Mai sei in Berlin der Kommandeur Heimannsberg durch die Kommunisten überrascht worden. Leider lasse die Ausbildung mit der Waffe viel zu wünschen übrig. Bei der Aufdeckung von Kapitalverbrechen sei die Kriminalpolizei offenbar nicht auf der Höhe.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen und auf Freitag 12 Uhr vertagt. Ausserdem stehen auf der Tagesordnung: Abstimmung über das kommunistische Miss-
trauensvotum gegen den Innenminister und Abstimmungen über die zum Landwirtschaftsetat gestellten Anträge.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 27. Februar (Eig. Bericht)

In der am Donnerstag im Preussischen Landtag fortgesetzten Aussprache über den Abschnitt Polizei-Landjägerei beim Etat des Innenministeriums beantworteten zunächst Regierungsvertreter einige Grosse Anfragen. Dabei wurde festgestellt, dass die Polizei anlässlich der Zusammenstösse bei der Bestattung der Kommunisten Neumann und Kobisch-Meyer sich keine Übergriffe hat zuschulden kommen lassen. In demselben Sinne wurde auch eine deutschnationale Anfrage über das Verhalten der Polizei in Neumünster bei dem Demonstrationzug schleswig-holsteinischer Landleute beantwortet. Eine andere Anfrage der Kommunisten über die Beschlagnahme des Vermögens des Roten Frontkämpferbundes wurde dahin beantwortet, dass sie nach dem Republikschutzgesetz zu recht erfolgt ist und

dass der Ablauf dieses Gesetzes daran nichts ändern könne, da die Beschlagnahme noch zur Zeit seiner Geltungsdauer erfolgt ist.

Die Aussprache über den Polizeietat brachte absolut nichts Neues. Der Abg. Borck (Dntl), selbst früher Polizeioffizier, beklagte sich dabei, dass der gute Geist der Polizei im Abgleiten sei. Es ist ihm auf die Nerven gefallen, dass bei den letzten Berliner Kommunalwahlen die sozialdemokratischen Stimmen aus Polizeikasernen zugenommen haben. Nach seiner Auffassung ist die Polizei eine militärische Truppe, die fest in der Hand des Führers sein muss. Bei dem Konflikt im Berliner Polizeipräsidium zwischen dem Kommandeur Heimannsberg und dem Vizepräsidenten Dr. Weiss handle es sich um einen Kampf zwischen dem militärischen und zivilen System der Polizei.

Dieser Ansicht trat Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachdruck entgegen. Persönliche Reibereien sind in einer grossen Behörden unvermeidlich. Es gibt bei der Polizei nur ein System, das man als ein ziviles bezeichnen könne. Unter dem Beifall der Regierungsparteien erklärte er, dass es gefährlich ist, wie Abg. Borck von der Parlamentstribüne herab die Polizei als eine militärische Truppe zu bezeichnen. Selbstverständlich seien Missgriffe nicht zu vermeiden, die aber schliesslich durch die unverantwortlichen Treibereien der radikalen Gruppen verständlich sind. Kern und Geist der Polizei sind gesund und merkwürdigerweise wird das vom Ausland mehr anerkannt als vom Inland. Die Erziehung zum republikanischen Geist in der Polizei mag den Deutschnationalen nicht gefallen, aber sie ist und bleibt nun einmal das verständliche und natürliche Bestreben der republikanischen Regierung.

Nach ihm schimpfte der Kommunist Kasper eine Stunde lang in den Saal und holte sich dabei zwei Ordnungsrufe. Dabei machte es ihm absolut nichts aus, dass die kommunistische Presse die Polizeibeamten fast täglich als eine organisierte Bande von Arbeitermördern bezeichnet. Zum Schluss seiner Rede forderte er die Polizeibeamten auf, sich an die Seite der Kommunisten zu stellen und den Kampf gegen Kapitalismus und Sozialfaschisten zu führen.

In der weiteren Aussprache kamen noch die Abgg. Metzenthin (D.Vp), Barteld (Dem) und Menz (W.P.) zum Wort.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt. Ausserdem Abstimmung über das kommunistische Misstrauensvotum und die zum Landwirtschaftsetat gestellten Anträge.